

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:	
monatlich	Kr. 16.-
vierteljährlich	48.-
halbjährig	96.-
annualig	192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlösung der Retourmarken

Er scheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Gandhi droht mit Selbstmord.

London, 28. März. Die „Daily Express“ aus Karachi meldet, drohte Gandhi gestern im nationalistischen Kongress mit seinem Selbstmord, falls die vom nationalistischen Allionsauschuß vorgelegten Vorschläge, insbesondere aber das mit Lord Irwin abgeschlossene Abkommen, nicht genehmigt würden. Hierbei erklärte er: Es ist absolut notwendig, daß diese Vereinbarung angenommen wird. Ich habe mein ganzes Leben der Erreichung der Selbstverwaltung gewidmet, doch sagt mir heute eine innere Stimme, daß das Land mich nicht mehr braucht. Heute bin ich überzeugt, daß das Volk es abgelehnt hat, meinem Appell zu entsprechen. Ich werde freiwillig Hungers sterben.

Trotz den Kritiken, denen das Verhalten Gandhis ausgesetzt ist, glaubt man, daß Resolutionen schließlich vom nationalistischen Kongress werden angenommen und Gandhi einmütig als indischer Hauptdelegierter zu der Londoner Konferenz entsandt werden wird.

## Der Friedenspakt genehmigt.

Karachi, 28. März. Der Ausschuß des allindischen Kongresses hat das Irwin-Gandhi-Abkommen mit überwältigender Mehrheit gebilligt.

## 124 Tote in Cawnpur.

Allahabad, 28. März (Reuters). Die „Times of India“ mitteilt, sind bis gestern abends noch mehrere weitere Opfer der blutigen Zusammenstöße in Cawnpur gestorben, so daß diese Zusammenstöße bisher 124 Menschenleben gefordert haben. Aus der Stadt sind etwa 10.000 Personen aus Furcht vor neuen Ausschreitungen aufs Land geflüchtet. Die Lage in Cawnpur hat sich nunmehr gebessert. Die Zahl vereinzelter Zusammenstöße verringert sich. Tagelang brechen aber ständig Brände aus. Fast 200 Häuser wurden bereits in Brand gesteckt. Es wird auch an vielen Stellen geraubt. Die Polizei hat mehr als 150 Exzedenzen verhaftet und bemüht sich, mit allen Kräften die Ordnung wieder herzustellen.

## Frau Hanau — zwei Jahre Gefängnis

Paris, 28. März. Die 11. französische Strafkammer hat heute das Urteil im Prozeß der „Gazette du France“ gefällt. Da die Hauptangeklagte, Frau Hanau, sich entschlossen hatte, sich weiterer Beteiligung an der Gerichtsverhandlung zu enthalten, ist der Urteilspruch als ein Contumaz-Urteil anzusehen, das Frau Hanau anfechten könnte. Gegen Frau Hanau ist eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und eine Geldstrafe von 3000 Francs verhängt worden, gegen ihren Mitarbeiter und früheren Ehemann Lazar Bloch eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten und 3000 Francs Geldstrafe; einer ihrer Rechtsberater Herriant wurde zu 3000 Francs Geldstrafe verurteilt. Der politische Redakteur der von Frau Hanau gegründeten „Gazette de Nations“ Pierre Audibert wurde freigesprochen, ebenso ein Mitglied des Verwaltungsrates der Hanauischen Unternehmungen de Courville.

## Weltgetreidekonferenz ergebnislos.

Rom, 28. März. Nach den vierstägigen Arbeiten der Weltgetreidekonferenz herrscht in Konferenzkreisen der Eindruck vor, daß die Arbeit kaum zu einem praktischen Ergebnis führen werde. Die Atmosphäre, in der die Konferenz arbeitet, ist infolge der zahlreichen einander widersprechenden Standpunkte sehr schwierig. Es scheint, daß das einzige Konferenzergebnis die bloße Annahme mehrerer Resolutionen sein wird, die keine unmittelbare Ergebnisse haben werden.

## Kein Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Paris, 28. März. Der Lohnkonflikt im nordfranzösischen Kohlenrevier wurde heute durch ein Kompromiß beigelegt. Mit Rücksicht darauf, hat der Bergarbeiterverband den Streik widerrufen, der am Montag ausbrechen sollte und an dem gegen 300.000 Bergarbeiter teilnehmen sollten. Der Konflikt wurde durch den Entschluß der Gewerkschaft um 10 Prozent herabzusetzen, herbeigeführt.

## Scharfe Maßnahmen der Reichsregierung gegen politische Ausschreitungen.

Notverordnung schränkt verfassungsmäßige Rechte ein.

Berlin, 28. März. Reichspräsident von Hindenburg hat heute auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Notverordnung erlassen, die sich insbesondere gegen den Waffenmißbrauch und gegen politische Ausschreitungen wendet. In der Notverordnung heißt es u. a.:

Politische Versammlungen und Aufzüge können beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, vor allem dann, wenn zu befürchten ist, daß zum Ungehorsam gegen Gesetze oder Anordnungen der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, der Staat oder seine leitenden Beamten beschimpft oder verächtlich gemacht werden oder eine Religionsgemeinschaft beschimpft wird, verboten oder aufgelöst werden. Unterlassung der Anmeldung oder öffentlicher Aufreizung zu Gewalttaten wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten wird bestraft, wer eine Schußwaffe unbesugt führt und eine Gewalttätigkeit mit ihr begeht oder androht.

Bereinigungen, deren Mitglieder wiederholt gegen die Bestimmungen der Verordnung verstoßen haben, und in denen solche Handlungen gebilligt oder geduldet werden, können aufgelöst werden. Für politische Bereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder von Abzeichen verboten werden.

Plakate und Flugblätter, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, können beschlagnahmt und eingezogen werden. Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 24 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes bei der Polizeibehörde anzumelden.

Die Regierung gibt dazu eine Erläuterung, worin es heißt, daß mit der Notverordnung nicht nur politischen Exzessen vorgebeugt, sondern auch Ausschreitungen gegen religiöse Körperschaften verhindert werden sollen. Die Verordnung soll nicht die Freiheit der politischen Betätigung in sachlicher Form beeinträchtigen, sondern lediglich den Mißbrauch politischer Rechte, wie er in letzter Zeit in unerträglichem Umfang betrieben wurde, verhindern.

Berlin, 28. März. Reichsinnenminister Dr. Brüch hat an die Innenminister der Länder folgendes Rundtelegramm gerichtet: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident heute eine Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen. Darnach können die das christliche Empfinden schwer verletzenden kommunistischen Antiklerikalgebühren verboten werden. Ich darf Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die politische Bedeutung der Verhinderung dieser Fortritten lenken.

## Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Organisationen.

Berlin, 28. März. (Eigenbericht.) Heute mittags sind in Berlin und in mehreren Orten des Reichs bei kommunistischen Parteiorganisationen auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht umfangreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Die stehenden im Zusammenhang mit einem Verfahren, das gegen eine angebliche Terrorgruppe der kommunistischen Partei eingeleitet worden ist. Die Gruppe, von der etwa 15 Personen verhaftet wurden, soll sich in den Besitz von Sprengstoffen zu setzen gesucht haben. Auch heute sind in Berlin wieder einige Personen in dieser Sache verhaftet worden.

## Frankreich will Zollunion verhindern.

Briand kündigt Stillstand in den Beziehungen zu Deutschland an.

Paris, 28. März. Der französische Senat begann heute die Beratung des Haushalts des Außenministeriums. Als erster Redner ging der Hauptberichterstatler Henry Bérenger auf das deutsch-österreichische Abkommen ein und erklärte, Deutschland nehme die alte preussische Einkreisungspolitik wieder auf, die dem Kriege von 1870 vorausgegangen sei. Heute handle es sich darum, Mitteleuropa aufzulösen, indem man es um Berlin kristallisiere.

In der Radmittagsstimmung erklärte der Präsident des auswärtigen Ausschusses des Senats, Victor Borard, daß das deutsch-österreichische Abkommen nicht nur dem Geist der Verträge, sondern auch dem jeder Rechtsaufassung zuwiderlaufe. Die österreichische Regierung habe die Verpflichtung verletzt, die sie freiwillig (!) übernommen hätte, indem sie den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain unterzeichnete.

## Außenminister Briand

ging in seiner Antwort auf das deutsch-österreichische Zollabkommen ein und erklärte, daß er als erster ein unangenehmes Gefühl gehabt habe. Viel schwerer als die Tatsache selbst sei die Art und Weise, wie sie sich vollzogen habe. Diese Prozedur sei beunruhigend und widerspreche allen Bedingungen einer europäischen Zusammenarbeit. Frankreich sei jeden-

falls 48 Stunden vor allen anderen Mächten unterrichtet worden, und er habe den Botschaftern in Wien und Berlin sofort Stellung gegeben, den beiden Regierungen den französischen Standpunkt darzulegen.

Auf die verschiedenen Angriffe, daß Frankreich nicht mit genügender Energie dagegen Stellung genommen habe, erwiderte Briand: Will man einen anderen Weg einschlagen und durch Frankreich alles zerstören lassen, was es in harter zehnjähriger Arbeit aufgebaut hat? Wenn ja, so muß man den Mut haben es zu sagen. Ich werde derartigen Wünschen gegenüber das aufmerksamste Ohr haben. Keine Minute länger würde ich dann auf meiner jetzigen Politik beharren. Man muß es mir aber sagen, sonst werde ich die notwendige Kolossalität bewahren.

Deutschland und Oesterreich hätten nicht das Recht gehabt, das zu tun, was sie unternommen haben, und Frankreich werde es im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten verhindern. Natürlich werde nunmehr in den Beziehungen zu Deutschland ein Stillstand eintreten. Das Ereignis habe nirgend in der Welt sympathische Aufnahmefunden und werde selbst in Deutschland mißbilligt (?). Von deutscher Seite habe er schon verschiedene Enttäuschungen erlebt.

## Der Parteitag der SPD.

Am 31. Mai in Leipzig.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beruft den diesjährigen Parteitag zum 31. Mai und folgende Tage nach dem „Volkshaus“ in Leipzig ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:  
1. Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Referent: Fritz Tarnow.  
2. Die Ueberwindung des Sozialismus. Referent: Rudolf Breitscheid.  
3. Partei und Jugend. Referent: Erich Dillenhauer.

4. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Wilhelm Sollmann.

5. Bericht der Parteivorstandes:  
a) Allgemeines. Berichterstatter: Max Westphal.  
b) Kasse. Berichterstatter: R. Ludwig.

6. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bod.

7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

## Bilanz der Krisenwoche.

Die Woche ungewöhnlicher Aufregung der internationalen Diplomatie neigt sich ihrem Ende zu. Die Temperamente sind ruhiger geworden, die Gemüter haben sich merklich abgekühlt. So heiß, wie die Woche der Entente-Diplomatie und mehr noch ihre journalistischen Handlanger uns Sonntag und Montag servierten, wurde denn doch nicht gegessen. Die ruhige Haltung Deutschlands, der ehrliche Vermittlungsversuch Englands, der stärkere Dämpfer, den die englische und amerikanische Öffentlichkeit den Fansaren von Paris und Prag aussetzten, haben uns vor all dem bewahrt, was uns anfangs der Woche angedroht wurde.

Bemerkenswert ist vor allem, daß der Völkerbund sich hier doch in einer ganz bescheidenen Rolle bewährt hat. Begann man nach der letzten Genfer Ratstagung und dem Verweis an Polen wieder an die Lebensfähigkeit des tristen Versailles Gebildes zu glauben, so bleibt dieser Glaube nach den letzten Aufregungen wenigstens insoweit unerschüttert, als sich der Völkerbund mittelbar als Puffer zwischen internationaler Katastrophe erwiesen hat. Indem Henderson die Frage in die Kompetenz des Völkerbundes abschob, gewann er vor allem Zeit. Das ist immerhin viel, und kann unter Umständen entscheidend sein. Hätte man 1914 den österreichisch-serbischen Konflikt bis zu einer nächsten Ratstagung verschoben können, so wäre es wahrscheinlich nicht zum Kriege gekommen. Wenn im Mai die Diplomaten in Genf eintrüden, werden Curtius und Schöber wissen, wie sie ihren Schritt zu rechtfertigen haben, Briand und Beres werden im Vergleich zu ihrer jetzigen Nervosität abgeregt sein und werden sich inzwischen klargemacht haben, daß ihre Panuropa-Begeisterung sich entweder durch Taten erweisen oder darauf verzichten muß, ernst genommen zu werden; sie werden also wissen, was sie, auch Deutschland und Oesterreich gegenüber, ihrer eigenen Privat schuldig sind, und Henderson wird inzwischen sein Office mit allen denkbaren Vermittlungsvorschlägen ausgiebig beschäftigt haben. Der Völkerbund ist also — selbst wenn aus der Ratstagung nicht mehr herauszuholen sollte — auf jeden Fall zu etwas gut; diese Lehre der vergangenen Woche ist nicht ihre unerfreulichste.

Für die deutsche und österreichische Diplomatie ergibt sich aus den Kontroversen der letzten Tage vor allem die eine Lehre, daß sie auch heute noch mit aller Vorsicht zu Werke gehen müssen, wenn sie ganz selbstverständliche und jedem anderen Staat erlaubte Dinge tun. Sie gelten noch immer als die „Besiegten“, die Verträge werden in Paris, Prag und Rom noch immer als einseitige Verpflichtungen der besiegten Staaten, als Fesseln für Deutschland, Oesterreich und Ungarn, nicht aber als Instrumente des internationalen Rechtes angesehen. Denn es wird kein französischer und kein tschechoslowakischer Offiziöser behaupten wollen, daß es auch nur annähernd den gleichen Lärm geseht hätte, wenn zwei beliebige andere Staaten die Zollunion geschlossen hätten. Ob Polen mit Litauen, ob die skandinavischen Staaten miteinander, ob Serbien und Bulgarien oder die Staaten der Kleinen Entente untereinander, ob Frankreich mit Belgien eine Zollunion geschlossen hätten, das hätte niemanden angefochten oder befreit, niemand hätte gewagt, es seinerseits ernstlich anzusehen. Ja es hätte keinen der Siranten von St. Germain und Genf gestört, wenn Oesterreich mit den kleinen Donaufstaaten, mit Italien, wenn Ungarn mit Rumänien oder Jugoslawien einen der Regionalverträge geschlossen hätten, die doch Briand selbst als Etappen zu „Pan-europa“ empfahl. Nur Oesterreich und Deutschland soll verwehrt sein, was allen anderen erlaubt wäre. Ihre Politik wird sich immer vor Augen halten müssen, daß wer

nach immer in einem Europa leben, in dem Recht nicht einfach Recht und ein Vertrag nicht schlechthin ein Vertrag sind. Schritt für Schritt und mit äußerster Vorsicht nur werden sie den Weg zu ihrem natürlichen Recht gehen können.

Die Diplomaten des franco-slavischen Bündnisses aber werden lernen müssen, daß 1931 immerhin nicht mehr 1921 ist. Die selbstverständlichen und wehrlosen Opfer ihrer Herrschaftsgelüste sind die „bestiegen“ Staaten nun doch nicht mehr. Eine politische Haltung, die vor zehn Jahren noch Erfolg versprach, ist heute bereits widerförmig geworden; sie kann nicht mehr mit der Gefolgschaft Englands, nur noch in geringem Maße mit der Italiens, auf keinen Fall mit der Amerikas rechnen. Die Definition, daß Völkerrecht das sei, was die französischen Machthaber und ihre östlichen Trabanten als Recht bezeichnen, daß Frankreichs Interesse und Polens Sicherheit, daß die Bequemlichkeit der Sieger das oberste Gesetz des Kontinents seien, wird an den meisten Rechtsschulen heute nicht mehr gelehrt. Die ideologischen Waffen, mit denen man den Krieg zu Ende geschoben und sich in den ersten Friedensjahren gegen die Revision gewehrt hat, erweisen sich als zweischneidige Degen. Um den Anschluß und die Frage der deutschen Ostgrenze aus allen Diskussionen auszuschalten, hat Briand die Deutschen beider Staaten auf Panuropa vertraut. Als sich aber zeigte, wie wenig ein von Faschisten und Militärdemokraten durchsetztes Europa zur überstaatlichen Organisation reif sei, mußte er den Ausweg der Regionalverträge vorschlagen. Nun gehen die beiden deutschen Republiken diesen Weg. Wenn Briand ihn verlegt, gibt er seine Paneuropä-Idee preis, denn dann hat sie sich als Bluff erwiesen.

Was aber im besonderen die Tschchoslawakei betrifft, so hätten die verantwortlichen Lenker und nicht minder die unerantwortlichen Inspiratoren und Jenseitigen ihrer Außenpolitik wohl am meisten Grund, aus dem eben Geschehenen einige Lehren zu ziehen. Man verläßt sich jetzt auf den Völkerbund. Es ist aber doch fraglich, ob die Juristen des Völkerbundes in den zitierten Verträgen eine Handhabe zum Verbot der Zollunion finden. Was soll geschehen, wenn der Völkerbund sich berufen erklärt, Deutschland und Oesterreich ein gutes Recht streitig zu machen? Was, wenn die betroffenen Staaten vor das Haager Gericht gehen und dort Recht erhalten? Mit unserem „Unannehmbar“ wird dann weder unserer Industrie gedient, noch unserer politischen Isolierung abgeholfen sein. Wir sollten doch erwägen, wo sich in einer derartigen Situation als der beste Ausweg für die Republik zeigt und ob nicht das beste und sicherste Mittel gegen den „Anschluß“ unser „Anschluß“ an das Gebiet wäre, dem wir geographisch zugehören: an eine mitteleuropäische Zollunion, die das Gebiet der ehemaligen Mittelmächte umfaßt. Aber selbst dann, wenn der Völkerbund Ordre pariert und den Herren um Briand

diesmal noch zu einem Sieg verhilft, bleibt doch das Problem bestehen, dessen Lösung die Zollunion anstrebt. Das politische Verbot dieser Union ist doch nur das primitive Mittel des gehörnten Gatten, der den Divan hinauswirft, um den Ehebruch unmöglich zu machen. Glauben wir nur ja nicht, daß ein Mittel, mit dem wir diesmal in Genf noch Erfolg haben können, auch in fünf, in zehn Jahren verfangen wird. Das geographische und wirtschaftliche Mitteleuropa-Problem bleibt bestehen und je brutaler man

den „Anschluß“ verhindert, desto findiger macht man die Berliner und Wiener Politik in der Suche nach Hinterlist. Der nationale Eifer und die diplomatischen Mühen dieser Woche waren in Prag umsonst vertan, wenn wir aus den Ereignissen nicht die Lehre ziehen, daß etwas in den Verträgen, etwas im Konzept unserer Außen- und Wirtschaftspolitik nicht stimmt. Wie immer Genf entscheidet: das Problem bleibt bestehen und die Frage ist nur, ob es einmal mit uns, ohne uns, gegen uns gelöst wird!

## Abfuhr der Hafent Kreuzler.

### Nationalsozialistische Versammlungen mit sozialdemokratischem Massenbesuch in Mährisch-Trübau und Zwittau.

Der hafent Kreuzlerische Abgeordnete Köhler aus Reichenberg hat in den letzten Tagen den Schönheingigau mit seiner Anwesenheit beglückt. Die Versammlungen sind aber wohl ein wenig anders ausgefallen, als er und seine Leute es erwarteten. In Mähr-Trübau, wo die Versammlung am 24. März stattfand, war der große Kinosaal überfüllt; allerdings waren nur etwa ein Drittel der Besucher Hafent Kreuzler, die Mehrheit sozialdemokratische Arbeiter. Herr Köhler, der sich der Zusammensetzung der Versammlung bewußt war, war in seinen Ausführungen über „Wirtschaftskrisis und nationale Selbstverwaltung“ außerordentlich vorsichtig. Bei seiner Kritik der wirtschaftlichen Verhältnisse fand Herr Köhler alle möglichen Schuldigen, nur einem konnte er absolut nicht auf den Namen kommen: dem Kapitalismus. Wie die Frage um den Brei ging Herr Köhler um die Tatsache herum, daß es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in erster Linie um eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft handelt.

Dem Herrn Köhler trat Genosse Paul aus Prag entgegen. Genosse Paul erinnerte Herrn Köhler daran, wie die Landkarte Europas ausgesehen hätte, wenn es nach dem Willen der heutigen Hafent Kreuzler gegangen wäre, und wie sie sich in der „Osterbegehrtschrift“ die Lösung der nationalen Frage vorgestellt hatten. Unser Redner legte die Ursachen der Wirtschaftskrise dar und verwies auf die unter sozialdemokratischer Initiative geschaffenen Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen. Der völkische Gewerkschaftsführer, der wider besseres Wissen den Ausbau des Genter-Systems, die Ernährungsaktion und andere Maßnahmen zum Schutz der Arbeitslosen verschwiegen, mußte sich unter der Zustimmung der Versammlung unangenehme Wahrheiten sagen lassen. Genosse Paul unterzog auch das „Programm“ der Hafent Kreuzler einer scharfen Kritik und legte den Unstimm dar, den die famose Theorie vom „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital bildet. Da Herr Köhler sich auch eingehend mit der Frage der nationalen Selbstverwaltung beschäftigte, ohne allerdings zu sagen, wie er sich die Lösung vorstellte, konnte Genosse Paul nachweisen, daß sich die Hafent Kreuzler sehr spät auf diese Forderung besonnen haben und daß sie die Bekämpfer des Vorkapitals, eine kräftige Anleihe beim sozialdemokratischen Nationalitätenprogramm vom Jahre 1899 gemacht haben. Unter stürmischen Beifall des überwiegenden Teiles der Versammlung schloß unser Redner.

Herr Abgeordneter Köhler, der sich gern den Mantel der Sachlichkeit umhängt, begann in seinem Schlusswort sich von seiner anderen Seite zu zeigen. Ein Sturm des Widerspruchs erhob sich

gegen Herrn Köhler und seine feinen Methoden. Da unsere Genossen nicht gewillt waren, sich von dem Hafent Kreuzler beschimpfen zu lassen, ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben war, ihnen zu erwidern — die Nazis hatten nur eine Versammlung einderufen, um der Wahl eines Präsidiums zu entsagen — verließen sie und mit ihnen der größte Teil der Versammlungsteilnehmer das Lokal.

In Zwittau, wo die Versammlung am 26. März stattfand, waren unsere Genossen in einer geradezu beängstigenden Mehrheit. Herr Köhler, durch den Verlauf der Versammlung in Mähr-Trübau gewarnt, war in seinen Darlegungen vorsichtiger. Genosse Paul, der auch hier dem Herrn Köhler entgegentrat, konnte mit Recht darauf hinweisen, daß ein zufälliger Besucher der Versammlung gar nicht in der Lage gewesen wäre, die nationalsozialistische Gesinnung des unter einer Tornkappe stehenden Herrn zu erwidern. Inzwischen hatte der Herr Köhler unter Beherzigung der Lehren von Mährisch-Trübau gefunden, daß die Krise eine Weltkrise sei, daß es einen Kapitalismus gibt und daß auch das Unternehmertum an der Arbeitslosigkeit nicht ganz schuldlos sei. Er mußte auch auf die Maßnahmen des sozialdemokratischen Fürsorgeministers zur Linderung der Not der Arbeitslosen hinweisen, er verurteilte allerdings, sie recht gering; schäbig abzutun. Er ging sogar so weit, daß er sagte, „die Arbeiter müssen zusammenstehen und ihre Einheit wahren“. Die nationale Selbstverwaltung erwähnte Herr Köhler nur mit einem einzigen Satz.

Genosse Paul konnte in eindrucksvoller Weise, oft lebhaft von Zustimmung unterbrochen, das wahre Gesicht der Nationalsozialisten aufzeigen. Besonders nervös wurde Herr Köhler, als ihm auf Grund des Berichtes des „Tag“ über den nationalsozialistischen Barrikettkampf nachgewiesen wurde, daß er und die völkischen Gewerkschaften die Frage der Arbeitszeitverkürzung — die ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre — noch keineswegs entschieden haben, sondern erst „studiere“. Genosse Paul konnte an Hand konkreter Tatsachen nachweisen, daß durch die vom Herrn Köhler so geringschätzig behandelte Ernährungsaktion für den politischen Bezirk Mähr-Trübau allein schon 350.000 Kronen verabsolgt wurden. In Zwischenrufen wurde von Arbeitern festgestellt, daß es deutsche Unternehmer gibt, die ihren Arbeitern nicht mehr als 20 Kronen an Lohn bezahlen. Unser Redner erzählte unter großer Verbosheit der Hafent Kreuzler einiges aus ihrer Geschichte und stellte auch hier die Frage, wo denn das „schaffende“ Kapital

auffahre und das „raffende“ beginne. Ein im Schmutz des Weltbildes feststehender Hafent Kreuzler gab die für ihn und seiner „Pa.“ Geistesart bezeichnende Antwort „Beim J u d“, was die Versammlung mit stürmischer Heiterkeit quittierte. Genosse Lange, der nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Genossen Paul zu Worte kam, schilderte das schmähvolle Verhalten der Hafent Kreuzler gegenüber den Arbeitslosen. Die Zwittauer Arbeiterfürsorge hatte beim Stadtrat das Ansuchen gestellt, die Vorführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß das ganze Erträgnis den Arbeitslosen zugute kommt. Die Hafent Kreuzler jedoch stimmten gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien dagegen. Als der Vorsitzende dem Genossen Lange das Wort entziehen wollte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Arbeiter hoben den Genossen Lange auf das Podium, während Hafent Kreuzler — erfolglos — bemüht waren, ihn herunterzuziehen. In dem so entstandenen Tumult löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf. Dem Herrn Köhler blieb dadurch die unangenehme Aufgabe erspart, auf die Ausführungen unserer Redner zu antworten.

Die Hafent Kreuzler werden von dem Verlauf dieser Versammlung sehr wenig befriedigt sein. Die Arbeiterschaft der beiden Städte des Schönheingigaus hat jedenfalls bewiesen, daß sie die Nationalsozialisten richtig einzuschätzen vermag und daß sie imstande ist, ihnen die gebührende Abfuhr zu bereiten.

## Neuseeland für die 36-Stunden-Woche!

Auch in Neuseeland gibt die Arbeitslosigkeit zu den größten Besorgnissen Anlaß. Regierungsinstanzen, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen bringen die verschiedensten Mittel und Methoden in Vorschlag, um das große Uebel zu beseitigen. Die Frage ist um so brennender und wird um so vorurteilsloser behandelt, als es in Neuseeland noch nahezu keine Fürsorgemaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gibt; und man deshalb an kein Mittel des Kampfes traditionell gebunden ist. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, daß sich bei allen Erwägungen die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Verkürzung der Arbeitszeit konzentriert. Denn aus amtlichen Feststellungen geht hervor, daß die Maschine in den letzten acht Jahren von je 100 Arbeitern mindestens 30 brotlos gemacht hat. Es steht demnach fest, so folgert man in Neuseeland, daß, wenn sich in den genannten acht Jahren die Produktionsweise nicht verändert hätte, es heute in Neuseeland keine Arbeitslosen gäbe.

„Die Arbeiterbewegung Neuseelands“, so schreibt „The New Zealand Transport Worker“, „muß deshalb ihr Programm entsprechend ergänzen. Angesichts der gegenwärtigen Produktionsweise ist uns mit bloßen Notfondsarbeiten, mit Arbeitslosenunterstützungen und ähnlichen „sozialen Pflastern“ nicht geholfen. Unsere erste Pflicht ist die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden. Eine solche Maßnahme würde jedem Arbeiter Neuseelands sofort Beschäftigung geben. Daneben kommt in zweiter Linie die Schaffung einer Art Sozialfonds in Betracht, aus dem den alten und arbeitsunfähigen Bürgern sowie jenen, die beim Uebergang von einer in die andere Stelle arbeitslos werden, ein anständiger Lohn gesichert wird. Dies muß unser Programm sein. Denn es ist praktisch und fortschrittlich. Die Maschine darf nicht zum Vorteil einiger weniger, sondern sie muß im Dienste aller verwendet werden.“

## Die goldene Galerie

Ein Roman aus der Filmindustrie.  
Von Fritz Kleinleib.

Leipzig, 1930 by G. Neuberger Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Er schrieb einen Film für die „Jupiter“-A.G. Stoff und Rollen waren festgelegt, die Schauspieler engagiert, der Film verkauft, bevor man eine Seite des Drehbuchs hatte. Wieder wurde das Buch ein Mosaik aus Konzessionen. Wieder war der ehrgeizige junge Mann mit der Welt, in die ein unerforschliches Schicksal ihn gestoß hatte, unzufrieden, wieder über sich er das schlichte, tugendhafte Mädchen, das ihn heimlich liebte, wieder trieb es ihn unter die Menschen, die in schönen Kleidern ein Leben des Reichtums und der Sorglosigkeit führten. Wieder kam er in schlechte Gesellschaft, wieder wurde er zum Spieler und Trinker, wieder verlor er alles, wieder war er dem Selbstmord nahe, wieder fand er im letzten Augenblick zu Mitters wahren Köcheln und zum Herzen des schlichten Mädchleins zurück. Hundertermal hatte der junge Mann diesen Weg zurückgelegt, hunderte Male hatte das Publikum dieses moralische Trauerspiel angehört — beim hundert- understen Mal oder schlug es Barm.

Das Unglaubliche aber wiederholte sich: wenige Tage später fiel Mandelbergs Film mit Mia Angela durch. Hinter der Bühne waren Riesensukzess bereit; sie erblickten nie das Licht der Rampe. Das Grimassenschneiden der Angela, der trostlose Stumpfsein der Filmfabrik, die Sorglosigkeit, mit der der Regisseur den Film gedreht hatte, weckten schon im zweiten Akt Widerspruch. Mia Angela ballte in ihrer Loge die Faust. Broch an diesem Abend das Traumgebäude ihres Ruhms zu'ammen? Mußte die dunkle Bestie dort unten auf? Draußen schrieben große, glühende Buchstaben ihren Namen in die Nacht. War dieser Anfang auch schon das Ende?

nicht darauf zurückzuführen, daß der Film zu albern, sondern im Gegenteil, daß er zu hoch sei, dem Publikum zu fern. Als der Film unter wütendem Fischen, einem schrillen Pfeifkonzert und ironischem verächtlichen Beifall geendet hatte, ließ Ulfar zu Prager, nicht um eine Niederlage, sondern um einen Sieg zu melden. Eine Lüge war zusammengesprochen. Nun lag der Weg frei.

Prager ließ sich auch diesmal nicht mitreißen: es sei schon so mancher Film im Lärm eines Berliner Premierenkonzerts versunken, und nachher waren noch schlechtere gedreht worden. Und es sei schon so mancher Film am Kurfürstendam ausgepiffen worden, der dann in der Provinz ein großer Erfolg war. Die Provinz würde sicher über das schlichte Mädchen und sein Liebesleid bittere Tränen vergießen und aufatmen, wenn der Held endlich zu ihm zurückkehrte.

Das Unglaubliche aber wiederholte sich: wenige Tage später fiel Mandelbergs Film mit Mia Angela durch. Hinter der Bühne waren Riesensukzess bereit; sie erblickten nie das Licht der Rampe. Das Grimassenschneiden der Angela, der trostlose Stumpfsein der Filmfabrik, die Sorglosigkeit, mit der der Regisseur den Film gedreht hatte, weckten schon im zweiten Akt Widerspruch. Mia Angela ballte in ihrer Loge die Faust. Broch an diesem Abend das Traumgebäude ihres Ruhms zu'ammen? Mußte die dunkle Bestie dort unten auf? Draußen schrieben große, glühende Buchstaben ihren Namen in die Nacht. War dieser Anfang auch schon das Ende?

Mandelberg sah hinter ihr, er blickte nicht auf die Leinwand, der Film interessierte ihn nicht mehr. Er sah stumpf in die schwarze Menge hinunter, die heute nicht das Schicksal eines Films, die heute sein Schicksal entschied. Wurde der Film abgelehnt, dann war er von der Angela befreit, denn sie schob sicher alle

Schuld auf ihn; dann war aber auch sein Ruf als verlässlicher Kenner des Publikumsgechmacks und als kluger Kaufmann dahin.

Modisten die Würfel wie immer rollen, er verlor.

Er sah über die Schulter der Angela hinweg, über diese nackte, weiche Frauenschulter, von der ein seltsamer Duft ausging, noch mitten in die schwarzen Menschen hinein, er hörte ihre Rufe, er hörte das Stampfen ihrer Füße, er witterte an tausend kleinen Zeichen den Losbruch der Empörung.

Noch folgten sie dem Film; noch hatte das Spiel der Schattin Nacht über sie. Ein Scherz kam, wurde belacht, schien die Situation zu retten. Dann aber ging die Angela in die Wohnung ihres Geliebten, spielte jene Szene, die zu wiederholen sie sich geweigert hatte, spielte eine große, leidenschaftliche Liebeszene wie eine Protokollmiserin, verdröhte die Augen, verdröhte die Beine, verdröhte die Arme, ihr Partner wußte sich nicht zu helfen, das Publikum nahm die Szene von der heiteren Seite. Zurufe gellten auf, schwoften an, Gelächter überbraute sie, eine große Woge des Lachens schlug hoch, die Worte der Schauspieler gingen ungehört unter, vom Rang her schrie sie: Schluß! Von unten brandete es auf: Unfinn! Von allen Seiten stürmte es ein: Standal!

Standal! Schluß! Unfinn! Schluß!

Eine Sekunde erstarrten die Gestalten auf der Leinwand, das Wort in ihrem Mund starb, dann floß Licht in den Raum, der Film broch ab.

Mia Angela hielt die Hand um das Programm geklamert, das Papier wand sich unter dem Druck ihres ohnmächtigen Zorns. Ihre Augen waren glasig und starr, wie die einer Irren.

Der Saal leerte sich unter Lärm. Die Menschen forderten das Eintrittsgeld zurück. Im

Foyer suchte die Polizei Ordnung zu machen. Ein Ueberfallkommando fuhr an, Gummiknütel begannen ihre unwiderlegliche Sprache.

Mandelberg sah immer noch stumm. Die Angela stand auf, stieß an seinen Sessel, auch er mußte aufstehen, sie hätte ihn umgeworfen. Ihre Blide trafen sich. In seinem Auge lag ein Schimmer von Triumph. In ihrem nur Haß und Wut. Sie wechselten kein Wort. Die Angela lief aus der Loge, versteckte sich im Direktionszimmer, bis der Aufruf vorüber war, die Richter an der Strakenfront verzuckten, das Dunkel ihren Namen traf.

Die Diener gingen durch den Saal, staubten Papiere auf, sprachen halblaut über den ungewohnten Zwischenfall. Als im Logengang Schritte hallten, schloß sich Mandelberg, der immer noch einsam dastand, die Augen an die leeren Sesselreihen gehetzt. Er knöpfte seinen Mantel zu, nahm den Hut vom Haken.

„Aus“, sagte er.

Ulfars Augen glänzten, er war erregt, wie vor einer wichtigen Entscheidung:

„Die Filmindustriellen mögen weiterhin von Film zu Film den Geschmack der Provinz unterbreiten. Wir werden Filme für den Teil des Publikums zu drehen beginnen, der den Filmindustriellen bereits die Freundschaft aufkündigt.“

„Wer soll diese Filme drehen? Wollen Sie wieder den Weg von Bureau zu Bureau, von Enttäuschung zu Enttäuschung beginnen?“

„Wenn die Filmindustrie diese Filme nicht dreht, dann werden wir sie ohne die Filmindustrie drehen.“

„Ohne die Filmindustrie? Wer wird das Geld hergeben“, fragte Prager.

„Wir werden sie ohne Geld drehen. Wir werden einmal der Welt beweisen, daß auch im Film die Schöpferkraft des Menschen allein gilt.“

(Fortsetzung folgt.)

# Meistbegünstigung oder Präferenz?

Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, der durch eine Woche Europa in Aufregung gehalten hat, wirkt sowohl für uns als auch für die übrigen sozialdemokratischen Parteien die Frage auf, ob es bei dem jetzigen System der Meistbegünstigung, die sich die Staaten gegenseitig zugesprochen, bleiben oder ob man insbesondere in Mitteleuropa zum System der Vorzugszölle übergehen soll.

Die europäischen Handelsverträge der Vorkriegszeit beruhen auf dem System der Meistbegünstigung, d. h., wenn zwei Staaten miteinander Handelsverträge abschließen, gewähren sie einander dieselben Vorteile, wie den am meist begünstigten Staaten. Das hatte naturgemäß ein allgemeines Sinken der Zollsätze zur Folge. Es gab in den einzelnen Staaten dadurch zwei Zolltarife, den sogenannten autonomen Zolltarif, der jenen Staaten gegenüber angewendet wurde, mit denen kein Handelsvertrag bestand und dessen Zollsätze naturgemäß höher waren und den Vertragstarif, der Anwendung fand gegenüber Staaten, mit denen Handelsverträge bestanden und in dem die Zollsätze niedriger waren als im autonomen Tarif.

Dieses System europäischer Handelsverträge wurde in den letzten Tagen des Juli und in den ersten Tagen des August 1914 durch die Kriegserklärungen zerrissen und nach erfolgtem Friedensschluß wurden die internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen nicht so rasch wieder angeknüpft. Erst einige Jahre später erstand wieder in Europa ein normales System von Handelsverträgen, in die die Meistbegünstigungsklausel wieder aufgenommen wurde, und wodurch die Zollsätze unter die Höhe der autonomen Zölle sanken. Diese Andoherung freien wirtschaftlichen Verkehrs nach dem Kriege wurde überall begrüßt, die sozialistischen Parteien setzten sich überall für den Abschluß von Handelsverträgen ein und die sozialistische Internationale sprach sich für die Meistbegünstigung aus.

In den letzten Jahren wurde man immer wieder darauf hingewiesen, daß das System der Meistbegünstigung nicht mehr genüge und daß sich Staaten, zwischen denen ein besonders intensiver wirtschaftlicher Verkehr besteht, gegenseitig Vorzugszölle gewähren sollen. Dieser Gedanke ist nicht neu, England hat ein solches System gegenüber seinen Kolonien bereits durchgesetzt, in den Handelsverträgen der skandinavischen Staaten gibt es eine sogenannte „nordische Klausel“, wonach sich Dänemark, Schweden und Norwegen gegenseitig Vorzugszölle gewähren können, ebenso in den Verträgen Englands, Dänemarks und Portugals eine sogenannte „baltische Klausel“. Desgleichen haben Spanien und Portugal einen Präferenzvertrag. Für Mitteleuropa allerdings würden Vorzugszölle ein Novum bedeuten. Es entsteht nun die Frage, ob derartige Vorzugszölle nicht eine Gefahr für das auf der Meistbegünstigung aufgebaute europäische Handelsvertragsystem bedeuten und wie man sich dabei zu dem Gedanken der Vorzugszölle verhalten soll.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist zweifellos ein Abbau der hohen Zollmauern in Europa und insbesondere in Mitteleuropa notwendig. Diese Zollmauern sind ein Hindernis der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, welche, wenn ihr kein Hindernis entgegensteht, dem Weltmarkt die Waren dort erzeugt werden, wo sie am billigsten hergestellt werden können. Ein solches System der Warenherzeugung unter den günstigsten Bedingungen hätte das Sinken der Produktionskosten, dadurch das Sinken der Preise und dadurch wieder die Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung aller Länder zur Folge. Wenn nun das System der Vorzugszölle zum Abbau der Zollschranken führt, dann kann auch dieses als Mittel zur Verdichtung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse und zum Aufbau einer von Zollschranken nicht behinderten Weltwirtschaft benutzt werden. Es würde sich dann folgendes System der Zolltarife ergeben: Im Verkehr mit Staaten, die Vorzugszölle genießen, würden die niedrigsten Zölle gelten, dann gäbe es Zölle, welche im Verkehr mit jenen Staaten Geltung haben, mit denen Handelsverträge nach bisheriger Art (ohne Vorzugszölle) abgeschlossen werden und dann schließlich autonome Zölle. Statt des bisherigen doppelten Zolltarifs gäbe es einen dreifach gestaffelten von Vorzugszöllen, Vertragzöllen und autonomen Zöllen.

Wenn also der geplante Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich zu einem Abbau der Zölle führt und wenn dieser doppelte Vertrag noch ergänzt wird durch ein ähnliches Vertragssystem anderer europäischer Staaten, dann würde der deutsch-österreichische Vertrag den Anfang zum Abbau der Zölle bedeuten, über den bisher so viel gesprochen, ohne daß auch nur eine einzige Tat geschehen würde.

## Maßregelung eines spanischen Generals.

Madrid, 28. März. Der Vorsitzende des Obersten Heeres- und Marine Rates, General Sarquette, ist seines Amtes enthoben worden. Die Maßnahme ist auf eine Pressenotiz zurückzuführen, in der General Sarquette erklärt hatte, daß der Oberste Heeres- und Marine Rat unerbittlich vorgehen würde, falls ein General verurteilt werden sollte, sich zum Diktator zu proklamieren.

Der Kriegsminister hat den General zu 60 Tagen strengen Arrest verurteilt.

# Heldentaten der Freudenthaler Gendarmen.

## Interpellation der Genossen Joll und Polach im Senat.

Im Senat haben die Genossen Joll und Polach an den Innenminister eine Interpellation betreffend

das gewalttätige Vorgehen der in Freudenthal zusammengezogenen Gendarmen gegen die streikenden Textilarbeiter

gerichtet, in der angeführt wird, daß die Zuspitzung der Verhältnisse in Freudenthal, wo seit zehn Wochen 3000 Textilarbeiter im Streik stehen, in erster Linie auf das scharfmäckerische, diktatorische Auftreten des in Freudenthal amtierenden ausländischen Unternehmenssekretärs zurückzuführen ist. Trotz der langen Streikdauer haben die Streikenden sich in müßiger Weise verhalten.

Am 17. März begaben sich einige Streikende zum Betrieb Marburg, um zu sehen, wie viel Streikbrecher nach Arbeitsfluß den Betrieb verlassen.

Als die ersten fünf (!) Streikenden unterwegs waren, kam ihnen im Laufschritt eine Schwarmlinie von 25 bis 30 Gendarmen unter Führung eines Stabskapitäns entgegen, forderten die fünf Mann zur Umkehr auf und knüppelten die Erschrockenen, bevor sie sich überhaupt der Situation bewußt waren, rücksichtslos nieder. Einer der Arbeiter, namens Hermann Englisch, wurde dezent behandelt, daß er aus Schlagwunden blutete und ihm die Kleider samt dem Hemd

buchstäblich in Fetzen gerissen wurden. Keuchend erging es einer Reihe harmloser Zuschauer; ein Arbeiter wurde bis in das Arbeiterheim verfolgt und auf der Stiege niedergeschlagen. Dagegen werden die Streikbrecher von den Gendarmen liebevoll beschützt; sie dürfen die Streikenden unier Gendarmeschnap beschimpfen und verhöhnen; wenn einer der Streikenden aber nur eine Gegenbemerkung macht, so wird er sofort verhaftet.

Der Interpellation sind eine ganze Reihe von Protokollen beigelegt, in denen einwandfreie Zeugen ihre Erfahrungen mit der Gendarmenriebe niedergelegt haben; bis die Interpellation immunisiert sein wird, behalten wir uns vor, Auszüge aus diesen Protokollen zu veröffentlichen.

Die Interpellanten fragen den Minister, ob er es billigt, daß die Kasse des Gendarmenkommandos in Freudenthal in dem Fabrikgebäude des größten Scharfmachers untergebracht wird und daß unter dem Schutz der Gendarmen die streikenden Arbeiter von den Streikbrechern und den Herren Marburg ungestraft verhöhnt werden dürfen; endlich ob er gewillt ist, sowohl die schuldtragenden Gendarmen als auch ihren Kommandanten zur Verantwortung zu ziehen und den verursachten Schaden jeder Art wieder gut zu machen.

## Berlängerung der Krisenunterstützung.

Mit Kundmachung vom 29. Dezember 1930, Zahl 23.200-III-C-30 hat der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Finanzminister, dem Minister für Industrie, Handel und Gewerbe und dem Landwirtschaftsminister mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1931 erklärt, daß die Vorbedingungen für die Anwendung der Bestimmungen des Artikels III des Gesetzes Zahl 74-1930 S. d. G. u. V. für folgende Branchen eingetretten sind: Textil-, Glas-, Metall-, Leder-, Industrie, Bergbau, Holzindustrie und Buchdruckerergewerbe.

Die Gültigkeit dieser Kundmachung, die ursprünglich mit 31. März 1931 bestimmt war, wurde eben durch Kundmachung vom 26. März 1931, Zahl 25.314-III-C-31 bis 30. April d. J. verlängert.

## Gegen die Uebergriffe der Radiozensur.

### Interpellation des Genossen Polach im Senat.

Genosse Polach hat am Donnerstag im Senat eine Interpellation an die Minister für Post und Inneres eingebracht, in der die Aufmerksamkeit der beiden Minister auf die in letzter Zeit immer häufiger vorkommende ungerechtfertigte Zensur deutscher Radiovorträge gerichtet wird. Die Interpellation führt an, daß am 18. März ein Vortrag des Genossen Polach in der Brünner deutschen Sendung auf Befehl der Prager Zentrale des Radiojournals vom Programm abgesetzt wurde, mit der kurzen Begründung, daß sich der Vortrag für Radiozwecke nicht eigne. Es handelte sich um einen Vortrag über die Pariser Kommune. Kurz vorher war ein Vortrag des Genossen Bloch gleichfalls in Brünn mit der Begründung zensuriert worden, daß durch die Werbung für Alkoholabstinenz das Alkoholkapital sich in seinen Interessen betroffen fühlen könnte. Auch auf die von uns vorgestern erwähnte Verhinderung des Radiovortrages des Genossen Goldschmidt, die sich hauptsächlich als Folge hoher Schlamperie herausgestellt hat, wird in der Interpellation hingewiesen.

Die Interpellanten stellen fest, daß durch das Verbot, bzw. die Zensur aller Vorträge politischen Charakters, die für ein Arbeiterpublikum bestimmt sind, das Radio direkt seines volkstümlichen Charakters beraubt wird; sie verurteilen sich gegen diese einseitige Handhabung der Radiozensur und ersuchen die Minister, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um diesen Uebelständen abzuhelfen.

## Sramels neuester Kronzeuge.

Die „Tätigkeit“, der der Herr Minister Konjunktur Sramel während der Wera der glorreichen Bürgerkoalition oblag, ist bereits sprichwörtlich geworden: alle Welt weiß, daß Sramel nicht anders war als ein Minister gegen soziale Fürsorge, daß er sein Ressort zur absoluten Untätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete zwang, aber immer dabei war, wenn es galt, den Arbeitern und Angehörigen ein Stück der Rechte zu rauben, die sie in der Nachkriegszeit errungen hatten. Die politische Oeffentlichkeit ist darüber schon genügend aufgeklärt und selbst sehr weit rechts stehende bürgerliche Männer haben kein Hehl daraus gemacht, zu wessen Gunsten der Vergleich zwischen dem früheren und dem jetzigen Fürsorgeminister ausfallen muß. Und nun hat sich doch merkwürdigerweise jemand gefunden, der die Verdienste des Herrn Sramel um die — Arbeitslosen herausstrich, weil er glaubte, so die Arbeit des Genossen Dr. Czoch schmälern zu können. Der es tat, war kein Merkmal, kein Bürgerlicher, sondern ein revolutionärer Bolschewik, der Herr Senator Haken.

Wie der „Internationale Metallarbeiter“ berichtet, hat Haken in einer Verammlung in Bokenwald erklärt, Sramel hätte den Arbeitslosen 24 Millionen K gegeben,

Dr. Czoch aber nur 12 Millionen. Nun sind die Zahlen, die Haken angegeben hat, natürlich falsch, sie sind wahre Hausnummern. Denn unter Sramel wurden den Arbeitslosen niemals 24 Millionen gegeben und Genosse Dr. Czoch hat Beiträge für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge (produktive Arbeitslosenfürsorge, Ernährungsaktion, Wäschaktion usw.) durchgeführt, die ein Vielfaches von 12 Millionen ausmachten. Sollte Haken nun sich dahin ausbreiten wollen, daß er mit seinen beiden Zahlen die Leistungen auf Grund des Sramel Systems gemeint hat, wäre seine Plagiatschuld noch größer. Denn unter Sramel haben diese Leistungen nie die angegebene Höhe erreicht und unter Czoch wurden sie vielfach erreicht.

Es wäre müßig, im Detail nachzuzählen, was Herr Haken — also nicht irgendein, sondern einstiger Vorsitzender der R. B. C. — für Unfug zusammengebracht hat. Uns erscheint eine andere Frage wichtiger, nämlich die, wie tief die Kommunisten schon gesunken sind, wenn sie, um einen Sozialdemokraten und noch dazu einen, der in einer Minute seines Arbeitstages mehr für die Arbeiter leistet, als die Kommunisten seit der Gröndung ihrer Partei, wenn sie, um den Gen. Dr. Czoch schlecht zu machen, wider besseres Wissen und wahrheitswidrig den Arbeitern etwas über die Verdienste erzählen, die sich ein geschworener Feind der Arbeiterschaft, ein reaktionärer Pfaffe angeeignet um sie erworben hat! Diese geradezu krankhaften Emanationen kommunistischen Hasses gegen die Sozialdemokratie werden einmal ein breites Kapitel in einer Kulturgeschichte der Gegenwart — etwa unter dem Schlagwort „Abnormalitäten“ — bilden müssen.

## Wie die Krankenversicherungsanstalten bemogelt werden.

Allmählich wird es klar, aus welchen Gründen die bürgerliche Presse, allen voran jene der Deutschen Nationalpartei und auch die landbändlerische sowie an den Bezirkskrankenversicherungsanstalten auszusagen haben, warum ihnen so vieles an der Zentralsozialversicherungsanstalt nicht paßt und warum sie insbesondere gegen die sozialdemokratischen Funktionäre und Beamten dieser Anstalten in allen Tonarten weinern. Solange die Krassen in deuschnationaler Verwaltung standen, waren die Herrschaften mit ihnen zufrieden. Deshalb sie es jetzt nicht mehr sind, darüber wollen wir kurz berichten.

Nach dem Kriege wurden von unseren Genossen in den meisten Krassen Lohnrevisoren der Firmen eingeführt und seit einigen Jahren sind diese Revisoren allgemein eingeführt worden. Sie hatten den Zweck, den Versicherungsbeitragspflichtigen vor Unterwerfung zu schützen und ihn im Falle der Erkrankung vor Schaden zu bewahren. Wie notwendig diese Maßnahme war, geht aus einer Statistik der „Mittelungen der Zentralsozialversicherungsanstalt“ vom März 1931, Nr. 4, hervor.

Wir entnehmen daraus folgende Ziffern: In den letzten drei Jahren wurden in Betrieben, deren Arbeiter in Bezirkskrankenversicherungsanstalten versichert sind, Lohnrevisoren vorgenommen und folgendes festgestellt: Krankenversicherungsbeiträge . . . 221.165.012 K Invaliden- und Altersversicherungsbeträge . . . 179.914.067 K Nach durchgeführter Revision mußten den revidierten Betrieben folgende Nachträge vorgeschrieben werden: Krankenversicherungsbeiträge . . . 15.628.763 K Invaliden- und Altersversicherungsbeträge . . . 6.293.132 K Ohne die Lohnrevisoren hätten sich also die Herren Unternehmer die Kleinigkeit von insgesamt 21.921.895, d. i. rund 22 Millionen K zum Schaden der sozialen Institute „erspart“. Dabei: Wollt ihr immer überlastet arbeiten? Soll für euch nicht auch der Admittentag gelten?

# Arbeiterjungen, Arbeitermädels!



Zoll: ihr habt auch die Möglichkeit haben, einen ausreichenden Urlaub unbeschadet zu bekommen? Sollt ihr immer Sklaven sein, die sich alle Mißhandlungen gefallen lassen müssen? Gibt es für euch nicht auch einen freien Sonntag? All dies wollen wir euch verschaffen! Die sozialistische Jugend kämpft für Jugendurlaub und Jugendrecht. Der Sozialistische Jugendverband ist der einzige Anwalt der unterdrückten schaffenden Proletariatsjugend. Kommet deshalb zu uns und kämpft mit vielen Tausenden Brüdern und Schwestern für die Rechte der arbeitenden Jugend. Arbeiterkern!

Sorget dafür, daß eure Kinder nicht ausgebeutet werden, Eckelndig auch in allen Dingen, die das Verwahrlosen eurer Kinder betreffen, bei den Funktionären des Sozialistischen Jugendverbandes.

## Jugend, wir rufen dich!

darf man nicht übersehen, daß die angeführten Ziffern nicht alle Betriebe umfassen.

Was die industriellen Arbeitgeber fertig bringen, können aber die Herren vom Halm und Ahr noch viel besser. Den landwirtschaftlichen Krassen wurden in den letzten drei Jahren vorgeschrieben:

Krankenversicherungsbeiträge	7.364.318 K
Sozialversicherungsbeiträge	6.419.900 K
Nach durchgeführten Lohnrevisoren mußten den agrarischen Arbeitgebern folgende Nachträge vorgeschrieben werden:	
Krankenversicherung	917.179 K
Invaliden- und Altersversicherung	261.893 K
Bei der Krankenversicherung sind das 12,47 Prozent, bei der Alters- und Invalidenversicherung 4,08 Prozent oder 1.189.072 K, um die die eigenen Anstalten der Agrarier zu kurz gekommen waren und welche Beträge in die Taschen der noblen Arbeitgeber zum Schaden ihrer Arbeiter geflossen waren.	

Diese Ziffern dürften wohl genügen und müßten den Arbeitern Ansporn sein, alles daran zu setzen, damit die Krankenversicherungsanstalten in den Händen der Arbeiter bleiben.

## Der Handelsvertrag mit Jugoslawien.

Prag, 28. März. Der jugoslawische Gesandte in Prag Dr. Kravmer stattete heute dem Außenminister Dr. Beneš einen Besuch ab und überbrachte ihm die offizielle Mitteilung, daß der gestern in Belgrad zusammengetretene Ministerrat dem Text des tschechoslowakisch-jugoslawischen Handelsvertrages zugestimmt hat. Handelsminister Demetrovich trifft Montag, den 30. d. M. in Prag zwecks Unterzeichnung des Vertrages ein.

Die Regierungsverordnung über den Schutz der Gesundheit und des Lebens der bei der gewerksmäßigen Durchführung der Bauten beschäftigten Arbeiter, die vom Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeitet wurde, wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 26. März 1931 genehmigt und wird in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen in den nächsten Tagen verlaublich werden.

Senatsitzung am Montag entfällt. Wie die Korrespondenz der Nationalversammlung mitteilt, findet die für Montag, den 30. März um 4 Uhr nachmittags angeordnete Senatsitzung nicht statt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

# Neue Erziehung

Blätter für Lehrer und Eltern.  
Zeitschrift der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer in der CSR.  
In den nächsten Tagen erscheint die zweite Nummer der „Neuen Erziehung“. Sie enthält einen Aufsatz an die landesdeutsche Lehrerschaft, ferner einen Artikel über „Das Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Schulanbau“. Von Dr. Heilmann von Braden einen Aufsatz über die nationalsozialistische Schulpraxis in Braunau, weiter wird in einer Gegenüberstellung geteilt, wie die Volksschulen die Wahrheit verfallen. In der Rubrik „Aus der Elternbewegung“ wird an Hand von Beispielen den Elternansprechungsmitgliedern praktische Aufklärung zur Ausübung ihrer Funktionen vermittelt. Die Rubriken „Von den Eltern“ und „Aus der Organisation“ bringen interessante Tatsachen. Die „Neue Erziehung“ kostet jährlich 12 K. Sie soll von jedem Erziehungsfunktionär der Arbeiterklasse gelesen werden. Bestellungen sind zu richten: An die Geschäftsstelle der „Neuen Erziehung“, Aufsatz, Dr. Wittrothstraße 20.

# Tagesneuigkeiten.

## Weitere Verhaftungen in Kaschau.

Kaschau, 28. März. Im Zusammenhang mit der Affenierungsaffäre wurde heute der 29-jährige Arzt Nicolaus Klein zur Polizei gerufen, der erst vor wenigen Tagen aus dem Militärdienst entlassen worden war. Er wurde einem Verhör unterzogen, worauf er sofort in Haft genommen wurde.

Alle, die in die Affäre verwickelt sind und bisher freigesetzt wurden, wurden heute von der Polizeidirektion in die Haft des Kreisgerichtes Kaschau überstellt.

## Schiffe in Eisnot.

Riga, 28. März. Der 2000 Tonnen große britische Frachtdampfer „Arcticon“ ist in der letzten Nacht im Rigauer Meerbusen gesunken. Das Schiff befand sich in einer Dampferkaramante, die gegenwärtig von einem Eisbrecher aus Riga in die Ostsee geführt wird und mit ungeheuren Eisschwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Wände des englischen Dampfers wurden von den Eismassen eingedrückt und der Dampfer sinkt nach vierstündigen vergeblichen Bemühungen, ihn über Wasser zu halten. Seine 22 Mann starke Besatzung wurde von dem Eisbrecher gerettet. Auch die übrigen Schiffe der Karamante sind in kritischer Lage. Der deutsche Dampfer „Rover“ hat einen Steuerknoten, ein lettischer Dampfer ein großes Led. Sie wurden von dem Eisbrecher in Schlepptau genommen.

## Fünf Kinder erfroren.

Holly (Colorado), 28. März. (Reuter.) Fünf Schulkinder im Alter von 8 bis 14 Jahren sind heute in dem Schlautobus auf der Fahrt in die Schule in Holly erfroren. Der Autobus, der die Kinder täglich zur Schule brachte, geriet in einen starken Schneesturm und wurde vollkommen eingeklemmt. Eine Rettungsexpedition rettete noch 18 Kinder, die aber halb erfroren waren.

Eine gute Tat. Die holländische Expedition auf der Prager Mustermesse hat sich entschlossen, das gesamte Gemüse, das sie ausgestellt hat und das mehr als eine Wagenladung ausmacht, der Prager Ausspreißaktion für die Arbeitslosen, dem Roten Kreuz, dem Volksinstitut, den Barmherzigen Brüdern und einigen andern humanitären Anstalten zu schenken. Es handelt sich um erfrischende, ganz frische Ware, deren Wert viele Tausende ausmacht.

IV. Gehörlosentag in Böhmisches-Tepla. Am 4. und 5. April 1931 findet in Böhmisches-Tepla der IV. Gehörlosentag, veranstaltet von der Reichsvereinigung für deutsche Taubstummenfürsorge in der tschechoslowakischen Republik, bzw. den angeschlossenen Vereinen „Delavie“ in Komotau, „Vieue“ in Reichenberg und dem Gehörlosen-Unterstützungsverein in Rumburg, statt. Die IV. Tagung der Gehörlosen in Böhmisches-Tepla soll kein kongressartiges Unglückliches sein, die über ihr hartes Schicksal badern, sondern eine Aussprache zielbewusster Lebensgenossen, durch die Mittel und Wege gefunden werden sollen, die durch die Gehörlosigkeit besonders erschweren Lebensbedingungen nach Möglichkeit zu erleichtern und zu verbessern. Die Öffentlichkeit soll auf diese Tagung durch diese Zeilen besonders aufmerksam gemacht werden. Durch die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse werden in erhöhtem Maße auch die Gehörlosen betroffen, und ausgiebige Hilfe für diese ist dringend nötig. Die neugegründete Reichsvereinigung für deutsche Taubstummenfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik hat die Aufgabe, das Schicksal der Gehörlosen zu bessern.

Auf dem Heimweg von einer Beerdigung. Aus Trautenau wird uns berichtet: Die 50-jährige Eisenbahnersgattin Busch aus Trautenau beteiligte sich am Mittwoch an der Beerdigung des in Ausübung seines Dienstes tödlich verunglückten Eisenbahnangestellten Higel auf dem Trautenauer Friedhofe. Auf dem Heimweg vom Gottesacker stürzte die Frau plötzlich ohnmächtig zu Boden und verblieb nach wenigen Augenblicken. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ende bereitet.

Eine Warnung. Die Ortsgruppe Auffig des Deutschen Musikerverbands förcerbuns: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß in verschiedenen Tagesblättern Inserate aus Deutschland erscheinen, worin Schüler zur Erlernung des Musikervernunft gesucht werden. Diese Lehrlingsstellen, die im Volksmunde den eigentlich richtigen Namen „Schülerstellen“ führen, bestehen aus einem oder mehreren Tugend Lehrlingen und zwei bis drei Gehilfen, meist minderjährige Kinder. Die Lehrlinge, denen die musikalische Ausbildung der Lehrlinge anvertraut ist. Der Lehrling muß jede Arbeit, die ihm zugewiesen wird, unentgeltlich leisten: Küchenarbeiten, Kinderwarten, Haus- und Landarbeit, und Zünden- und Treppengängern, Pflanzarbeiten u. a. m. Dem Lehrherrn steht das Nutzungsrecht zu. Zudem haben die Eltern nicht noch ein beträchtliches Lehrgeld zu zahlen, Instrumente, Kleidung und Bücher zu beschaffen und zu erhalten und bei Erkrankungen des Jungen die Kosten der Behandlung zu tragen. Unangenehme Ernährung, übermäßige Schlafzeiten, Überanstrengung des jugendlichen Körpers durch Nacharbeit (Tanzmusik), unangenehme alkoholische und fernliche Ausschweifungen prädisponieren selbstverständlich für Krankheiten. So wie die Lehrlinge ihre Instrumente zu halten versprochen, werden sie vom Unternehmer ausgebeutet. Auf die allgemeine Ausbildung des

# Geheimnis Nr. 44.170.

Der Mann ohne Namen: ein Zwillingsgenie? — Der Kampf der Familie Canella. — Die Ansprüche einer verlassenen Ehefrau.

SPD. Rom, Mitte März (Sp. Ber.)

Zeit fünf Jahren geht durch die Weltreise der Fall des unbekannten Mannes, der im Jahre 1926 zerlumpt und verhungert in den Straßen Turins aufgefunden wurde, ohne daß es zunächst möglich war, über Identität des Findlings, der keinerlei Angaben über sich machen konnte, festzustellen. Die Some behauptete vor drei Jahren das Turiner Gericht, zur Zeit findet der große Verfassungsprozess in Florenz statt. Das Turiner Urteil, gegen das die Berufung gerichtet ist, belagte ungefähre: Handelte es sich bei dem Findling um den früheren Professor Canella, oder um den Buchdrucker Bruneri? Das Gericht habe sich nach eingehender Beweisaufnahme dafür entschieden, daß der Unbekannte nicht der Broner Professor Canella sei, der als in Madonien verhaftet zu gelten habe; vielmehr sei der Leinzeis in Turin in der Irrenheilanstalt unter der Nummer 44.170 aufgenommen und dann wieder entlassene Unbekannte der frühere Buchdrucker Mario Bruneri. Der Unbekannte selbst behauptete, Canella zu sein.

## Die Nacht des Glaubens.

Bruneri hatte vor Jahren Frau und Kind verlassen, in Mailand mit einer Geliebten gelebt und war dann plötzlich verschollen. In der Zwischenzeit wurden gegen Bruneri wegen verschiedener kleiner Eigentumsdelikte, begangen aus Not, mehrere Haftbefehle erlassen. Nach dem Turiner Urteil hätte der Unbekannte als Mario Bruneri ins Exil wandern müssen. Aber die Familie Canella, die weiterhin mit unumstößlicher Überzeugung daran glaubte, daß der geheimnisvolle Findling der Broner Professor sei und daß Gottin und Familie aufs neue des Mannes und Vaters beraubt werden sollte, setzte zum Beweise der Richtigkeit ihres Glaubens einen eigenen Apparat in Schwang. Jahrelang gegen sich die Erhebungen hin. Als die Jahre lebte die Frau weiter mit dem Unbekannten in ehelicher Gemeinschaft. Von ihm bekam sie zu den zwei Kindern, die sie vorher hatte, in diesen letzten Jahren zwei weitere.

## Der Besuch im Irrenhaus.

Die Behandlung vor dem Berufungsgericht in Florenz hat sich lange hingezogen. Die neuen Beweisaufnahmen werden kein besonderer Wert gelegt und so wird aus ihm ein Durchschmittungsrichter, dem durch die falsche Verurteilung ein schweres Los beschieden wurde. Nur der Tüchtige hat heute Aussicht, als Musiker sein langes Brot zu verdienen. Am Entlassungstermin zu erfahren, warnen wir daher alle Eltern im Interesse ihres Kindes, diese nicht in sogenannte Stadtkapellen nach Deutschland in die Lehre zu schicken. Der Deutsche Musikerverband Teplitz-Schönbach ist gerne bereit, Eltern, die ihr Kind Musik als Beruf erlernen lassen wollen, mit Rat und Tat beizustehen.

Betrügerischer Universitätsprofessor? Vor dem Schöffengericht Hirsberg (Sachsen) haben sich zur Zeit der Universitätsprofessor Dr. Joseph aus Jena und der Inspektor Ewald Krauer aus Teutobach (Kreis Hoggau) zu verantworten. Beide werden beschuldigt, aus der Erbschaft des im Jahre 1927 verstorbenen Dr. Joseph, der der Tafel des einen der Angeklagten war, 60.000 Mark unterschlagen zu haben. Der verstorbene Dr. Joseph, der bei einem Unfall sein Leben fand, gehörte zu den Führern des schlechtesten Landbundes.

Berschüttert. In Dortmund-Aplerbeck wurden zwei Erwerbslose von Schloßmassen verschüttet. Einer verunglückte tödlich, der andere wurde lebensgefährlich verletzt.

Angelagter als Dichter. Ein 75-jähriger Justizsekretär a. D., der vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzten Betruges zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, überreichte dem Gericht seine Verteidigungsrede in Form eines Gedichts. Auf das Verlangen des Angeklagten verlas der Vorsitzende den Erguß als Schlusswort.

Keine Alkoholikawine in englischen Postämtern. Ueber Befragung des Postministers mußten aus allen Postämtern Englands Werbeplakate für Bier, Wein, Whisky usw. entfernt werden. Eine Interpellation der Opposition des Parlaments blieb ohne Erfolg.

Das einzig richtige Rezept. Das Pariser Theater Ambigu hat Donnerstag nach mehrwöchiger Unterbrechung wieder die „Trennung“ auf das Programm gesetzt. Bei der Vorstellung kam es neuerlich zu Ausschreitungen der Royalisten. Einige der Royalisten bemühten Tränengas, was bei dem übrigen Publikum Empörung hervorrief. Einer der Exzessanten, ein royalistischer Student, wurde auf die Bühne gebracht, wo man ihm die Hosen auszog und ihn durchprügelte. Die Polizei mußte einschreiten und ihn aus den Händen der empörten Zuschauer befreien. Vor dem Theater hatte eine Polizeibereitschaft von 300 Mann Aufstellung genommen. Auch das royalistische Zentrum, die „Action française“ wurde von starken Polizeibereitschaften bewacht, da verläutete, daß da Royalisten beobachteten mit Gewalt in den Theaterraum einzudringen und die Vorstellung unmöglich zu machen.

Ein Reichsehrenmal für die Toten des Weltkriegs. Das Reichskabinett hat das Reichsministerium des Innern beauftragt, die entsprechenden Schritte wegen Errichtung eines Reichsdenkmals vorzunehmen, das über Wunsch sämtlicher Kriegervereine in Form eines Ehrenmals

anträge der Verteidigung Canellas wurden zunächst alle abgelehnt. Der Unbekannte wurde überhaupt nicht vernommen. Der Staatsanwalt plädierte dafür, daß die Berufung zu verwerfen sei. Das Turiner Urteil müsse, angesichts des überreichen Beweismaterials, bestätigt werden. Der Unbekannte sei, nach allen wissenschaftlichen Entzifferungen, trotz der ungenügenden Ähnlichkeit mit dem Broner Professor Canella unbedingt als der Buchdrucker Bruneri anzuerkennen, der sich Weib, Familie, Ehe und bürgerlichen Wohlstand der Familie Canella mit vollem Bewußtsein und in betragsreicher Absicht erschlichen habe. Das Berufungsgericht hat die Berufung des Urteils auf vier Wochen hinausgeschoben.

Das Gericht mag sich für Bruneri oder Canella entscheiden, Zweifel müssen immer bleiben. Niemand kann einwandfrei feststellen, wer wirklich jener Mann ist, der im März 1926 in Turin aufgefunden wurde, der nicht wußte, wie er hieß, wer er war, wohin er gehörte, woher er kam. Die veröffentlichte Photographie des Mannes und dann der Besuch in der Irrenanstalt von Kollegen liegen es Frau Canella vollkommen sicher scheinen, daß sie ihren Mann wiedergefunden habe. Die Bruneris behaupteten, zusammen mit allen früheren Freiheitsgenossen des Mannes, mit der gleichen Sicherheit das Gleiche. Der Unbekannte selbst entschied sich sofort für Julia Canella und ihre Familie und land in leutem Gedächtnis sogar tausend seine Einzelheiten wieder, die für die Richtigkeit seiner Entscheidung zu jungen scheinen.

## Ein genialer Schauspieler?

Wer der Mann, wie das Turiner Gericht erlante und wie, nach dem Verlauf des jetzigen Prozesses, wohl auch das Berufungsgericht von Florenz entscheiden wird, wirklich ein Mensch, der sich bewußt verstellte? Der Mann selbst gibt sich nach wie vor — in einer übrigens unpassenden Seelenruhe und würdevollen Haltung — als Professor Canella aus. Wenn er für Bruneri ins Gefängnis wandern müßte, wenn er weiterhin werden leben müßte, so werde er das auf sich nehmen. Aber niemals werde er von seiner geliebten Julia lassen, niemals von seinen Kindern.

Die Richter, die das Schicksal entscheiden sollen, sind um ihre Aufgabe nicht zu denken. J.

bei Bad Berka bei Weimar errichtet und dem Andenken der im Weltkrieg Gefallenen gewidmet sein soll. Gleichzeitig hat auch das Reichskabinett die Errichtung eines Ehrenmales für Einheit und Freiheit am Rhein ins Auge gefaßt.

Frecher Überfall. In nächster Nähe des Teufelstees (Spandauer Forst bei Berlin) wurde Sonntag mittags auf die Lehrerin Anna Philipp, die sich auf einem Ausflug mit Kindern ihrer Schule befand, ein Raubüberfall verübt. Der etwa 30-jährige Täter riß die Lehrerin zu Boden, würgte sie und entwand ihr die Handtasche, in der sich zehn Mark Bargeld, ein Jahreschein für 30 Kinder und für die Lehrerin und eine goldene Armbanduhr befanden. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Massenkrankungen durch verdorbenen Topfen. In Ostia erkrankten die Mitglieder einiger Familien, insgesamt 50 Personen, ernstlich nach dem Genuß von Topfen, der von der dortigen Molkerei verkauft worden war. Während die Erkrankten bereits außer Gefahr sind, liegen noch einige Kinder schwer krank darnieder.

Gottensmord. In Eintriedel bei Gollnig (Slovakien) erschlug der 48-jährige Bauer Mathias Rogg seine 14-jährige Frau Helene. Rogg, der in der letzten Zeit sehr verunsichert war, wollte auf diese Weise seine Frau loswerden, die gelähmt war und gerne traf. Er wollte durch eine neue Heirat zu Geld kommen. Rogg wurde dem Teufelhauser Gericht überstellt.

Familienstreit mit tödlichem Ausgang. Der lebende Beamte der Badepeter Verkehrs-Gesellschaft Duxeder Irtz geriet Freitag nachts aus bisher unbekannter Ursache mit seiner Frau in Streit und veretzte ihr mit einem Gegenstand mehrere Stiche auf den Kopf. Die Frau rannte in den Hof, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Irtz jagte sich aus einem Revolver eine Kugel in die Brust und blieb auf der Stelle tot. Die schwer verletzte Frau wurde ins Spital gebracht.

Protest gegen eine neue Pasa-Alliäne. Die Schlußfrist Pasa eröffnete am Freitag in Saanen eine Alliäne. Wegen die Wiederöffnung Pases war seit Tagen und Wochen protestiert worden, insbesondere von der Geschäftswelt. Freitag vormittags gegen 9 Uhr kam es vor dem neu eröffneten Geschäft der Zahnfabrik zu stürmischen Kundgebungen. Kommunistische Redner hielten Ansprachen und verteilten Flugblätter mit der Parole: „Nieder mit dem Kaiserlichen Pasa!“

In einem Theaterstreit während einer Vorstellung kam es dieser Tage in Tepla bei Mailand. Die dort aufstehende Truppe führte eine Oper auf. Da der Orchestermitgliedern die Sagen nicht ausgedacht worden waren, legten sie während der Vorstellung die Instrumente nieder und verließen das Theater. Die Vorstellung mußte bei Klavierbegleitung zu Ende geführt werden.

Schnee im Peloponnes. In zahlreichen Ortschaften Griechenlands, so insbesondere in Madonien und Thessalien, ist Schnee gefallen. Es wird auch eine im Metere hohe Schneehöhe im Peloponnes gemeldet, das eine sehr seltene Erscheinung ist.

Verwundenes von den Karasmonen. Zwei sehr schöne und helle Berne sind gegenwärtig noch Geziert der Dunkelheit hoch am Abendhimmel zu beobachten, die durch ihr ruhiges Bild auffallen. Es

# Bom Rundfunk.

Montag:

Prag: 11.15 Schallplatten, 11.45 Schallplatten, 18.30 Deutsche Sendung; J. Sefir: Neue täglich: Unterrichtsblätter aus der Volksschule, 20.00 Selang tschech. Lehrer, 21.00 Liederkreis, 21.35 Klavierkonzert. — Preßburg: 11.30 Schallplatten, 12.30 Schallplatten, 18.30 Nachmittagskonzert, 17.50 Kammermusik. — Brünn: 11.15 Schallplatten, 18.30 Deutsche Sendung; Blum: Was erzählt der Stadtkörper Groß-Brünn? — Röhrl-Citron: 11.00 Schallplatten, 12.30 Mittagskonzert, 15.30 Volksmusik Schallplatten, 16.55 Musik für dramatische Harmonik, 18.30 Deutsche Sendung. — Berlin: 19.10 Unterhaltungsmusik. — Breslau: 21.00 Kammermusik. — Frankfurt: 19.45 Unterhaltungskonzert. — Köln: 20.00—20.55 Aus dem deutschen Opern. — Königsberg: 19.00 Bilderwelt, 20.00 Aus dem Opernhaus: „Tosca“ von Puccini. — Leipzig: 20.15 Der Streitsgespräch. — München: 18.45 Holzgraben in Klause. — Wien: 18.35 Das Brot im Wandel der Zeiten, 20.00 Festkonzert der Bundesländer: Landesregierung anlässlich der zehnjährigen Zugehörigkeit zu Österreich. — Koflau: 20.00 Opernübertragung, 21.00 Konzert.

Dienstag:

Prag: 11.15 Schallplatten, 11.45 Schallplatten, 18.30 Deutsche Sendung; J. Sefir: Loba, Ergebnisse auf dem Aetna, Prof. Dr. A. Kuhn: Die alte Stadt, ihr Schicksal, ihr Umbau, 19.00 Volkslieder, 19.30 „Ada“, Oper von Verdi, Schallplatten. — Brünn: 11.15 Schallpl., 12.25 Mittagskonzert, 18.25 Deutsche Sendung; Dr. A. Brummel und Dr. S. Janisch: Technik und Organisation des Postgutverkehrs, 19.30 „Ada“, Webern, aus Prag. — R. Othrou: 11.00 Keltische Schallplatten, 15.00 Saute Schallplatten, 16.30 Nachmittagskonzert, 17.45 Konz. für Symphonische Harmonik, 18.35 Deutsche Sendung, übertragen aus Brünn. — Preßburg: 11.30 Schallplatten, 13.30 Schallplatten, 16.55 Kammermusikkonzert, 17.50 Symphonische Klavier von deutschen Komponisten, 19.00 Klavierkonzert, 19.30 „Ada“, Übertragung aus Prag. — Berlin: 18.30 Arbeitslosigkeit — ein Problem der Volksgesundheit (Dr. J. Kofler), 18.45 Unterhaltungsmusik, 20.30 Pariserienne von G. Bizet. — Breslau: 20.10 Soubriklavier. — Frankfurt: 19.45 Mandolinenkonzert. — Köln: 20.10 Abend mit Josef Blum. — Königsberg: 18.30 Arbeiterdichtung und Arbeiterlieder: A. Kofler, 19.35 Katastrophen 1930. — Leipzig: 19.30 Das deutsche Handwerk in Dichtung und Musik. — München: 19.35 „Ada“, Oper von G. Verdi, 20.30—21.00 Nachkonzert. — Wien: 20.00 Bieder Schuberl-Bund. — Koflau: 21.00 Arbeiterkonzert. — Rom: 21.00 Opernübertragung.

sind zwei Planeten: der hellgelbe leuchtende Jupiter und der rötlich leuchtende Mars. Der Mars sieht in unmittelbarer Nähe der Zwillinge Kastor und Pollux. Bei dieser Gelegenheit ist es auch von Interesse, einige merkwürdige Tatsachen der beiden Markstrebanten etwas näher zu betrachten. Erst seit etwa einem halben Jahrhundert sind diese Monde der Wissenschaft bekannt, denn sie wurden im August des Jahres 1877 auf der Washingtoner Sternwarte von dem Astronomen Asaph Hall entdeckt. Beide sind nur unter günstigen Umständen in den größten Fernrohren zu sehen. Den Durchmesser des Phobos schätzt man auf 16 Kilometer, und den Durchmesser des Deimos auf 8 Kilometer. Es sind also nur ganz unbedeutende Weltkörperchen. Außerst merkwürdig ist es, daß sie dem Mars so nahe sind und deshalb den Planeten in sehr kurzer Zeit antreffen. Phobos, der nächste Mond, ist von der Marsoberfläche nur 600 Kilometer entfernt und gebraucht zu einem Umlauf nur etwas mehr als 7,5 Stunden. Deimos befindet sich in einem Abstand von etwa 2900 Kilometer von der Oberfläche des Mars und antreibt diesen in etwa 30,4 Stunden. Etwas merkwürdiger würden den Phobos trotz seiner geringen Ausdehnung ungefähr ebenso groß sehen, wie uns unser Mond erscheint, wegen des größeren Abstandes des Mars von der Sonne allerdings nicht so hell. Deimos würde nur die Helligkeit haben wie bei uns der Morgen- und Abendstern, die Venus. Die Bahnen der beiden Marssatelliten sind fast vollständig kreisförmig und nur wenig gegen den Marsequator geneigt. Von den Monden aus gesehen, würde der Mars einen wunderbaren Anblick bieten. Vom Deimos aus sieht man den Mars als eine 3mal größere Scheibe als den Erdmond von der Erde. Vom Phobos aus gesehen sieht man den Marsoberfläche gar 3mal so groß, wie wir den Marsoberfläche sehen! Und diese Miniaturwelt ist von der Marsoberfläche ungefähr ebenso weit entfernt wie Paris von Rom ist.

Stellungnahme des Bezirksarztes Dr. Heister. Der unter dem Verdachte des Verbrechens gegen den Paragraphen 144 verhaftete Oberbezirksarzt Dr. Heister aus Saaz wurde am Sonntag aus der Untersuchungshaft des Prager Kreisgerichtes entlassen. Auch seine Mutter, die in Prag anfallige Bedamme Marie Heister wurde auf freien Fuß gesetzt. Die Untersuchung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Schiffe gegen einen Zug. Zwischen den Stationen Kienitz und Wondreyne (polnischer Korridor) wurden gegen den einem deutschen Durchgangszug angehängten polnischen Waggons Schiffe abgeschoben. Von einer Kugel wurde der Mantel eines polnischen Reisenden durchschossen. Der Fall wird von der Polizei untersucht.

New York — eine jüdische Millionenstadt. Die jüdische Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist in den letzten 30 Jahren von 20.000 Seelen auf 4,5 Millionen gewachsen. In New York allein sind jetzt ca. 1,5 Millionen Juden, was einmal so viel ist als die Juden in ganz Palästina.

# KLEIDER - COMPLETS KOSTUME - MÄNTEL



## PRÍKOPY 27

(Mitte des Grabens)  
nur I. Stock  
Eingang im Hause

**Besucht alle den künstlerischen Abend am 1. April!** Am kommenden Mittwoch findet, wie wiederholt angekündigt wurde, im Gewerkschaftshaus am Perstýn (Prag I) ein künstlerischer Abend mit vorwiegend heiterem Programm statt. Dieser Abend, der vom Bezirksbildungsausschuss veranstaltet wird, hebt sich aus der Reihe der vielen Veranstaltungen heraus, die die Prager Bezirksorganisation in der letzten Zeit veranstaltet hat. An diesem Abend soll den Prager Genossen Gelegenheit gegeben werden, wieder einmal im Rahmen der Partei eine ganz auf künstlerische gerichtete Stunde zu erleben. Die Prager Bezirksorganisation hatte es sich angelegen sein lassen, für diesen Abend das Beste bereit zu stellen, und hat dafür unter ziemlichem materiellen Aufgebot eine Anzahl ausgezeichnete Kräfte gesichert. Die Kunst des Herrn Band-Ler, der vor seinem Prager Engagement als Boh-Suffo eine erste Rolle an der Wiener Volksoper gespielt hat, ist ja dem großen Teil unserer Genossen ebenso bekannt, wie das vorzügliche schauspielerische Talent der Frau Palovantez. Walter Laub und Hans Lichtwik, nicht zu vergessen den Chordirektor des Prager Deutschen Theaters, Herrn Schick, werden ein Uebiges tun, um diesen Abend so wertvoll und unterhaltend, wie nur möglich, zu gestalten. Wir halten es darum für selbstverständlich, daß die Parteigenossen, die in diesem Falle doch eine sehr angenehme Pflicht zu erfüllen haben, alle dem Abend beizuwohnen!

### Die Unbestechlichen.

Vor zwei Tagen erst hat das Ministerium für Rationalverteidigung es für nötig befunden, dem Publikum im Gerichtssaal seine absolute Unbestechlichkeit vor Augen zu führen. Unbestimmt um frühere Erfahrungen, die beweisen haben, daß auch unter der Uniform Menschen mit menschlichen Schwächen zu finden sind, hat es die forcenische Ausstrahlung eines halbes Erzinzungen, der heutzutage und auch hierzulande an sich nicht weltbewegend wäre. Ein slowakischer Großgrundbesitzer, ehemaliger ungarischer Graf, muß dem Militär-Arzt einen tüchtigen Rehen Boden verkaufen. Er bietet ihm mit 48 Millionen an und angeblich ist er das auch wert. Das Arzt bietet 21. Es stellt sich heraus, daß ein Oberstleutnant der Kohler die Bronze ist, an dem jedes höhere Angebot zerbricht. Man ist dem Herrn Erz-Grafen, sich doch persönlich an diesen Herrn zu wenden. Das Ministerium nun tut so, als ob dieses Vorgehen das Ausergewöhnlichste wäre, was sich zutragen kann. Der Graf und die Vermittler, die ihn zu dem Vorgehen rieten und es übernahmen, mit dem Oberstleutnant zu unterhandeln, scheinen die Sache nicht für dermaßen ungewöhnlich gehalten zu haben, sonst hätten sie es nicht erst versucht. Wie dem immer sei, bis hierher ist es der Versuch der Amtsbestattung und der Oberstleutnant hätte eben abgelehnt und die Anzeige zu erlassen gehabt. Aber von oben kam der Auftrag, die Sache „laufen zu lassen“, das heißt, den Erz-Grafen regelrecht hineinzulügen.

Dreierlei scheint bei diesem edlen Beginnen Triebkraft gewesen zu sein: der Wunsch, dem ungarischen Grafen einmal zu zeigen, mit wem er es zu tun hat, und ihm zu beweisen, daß „bei uns“ nicht so zugehe wie vielleicht anderswo... (denn daß man einen schiedsrichterlichen Bankrott etwa auch erst gründlich hineingelegt und nicht einfach abgewinkt hätte, werden wir erst glauben, wenn es uns mit der gleichen Deutlichkeit ad oculos demonstriert wird); weiter bestand wohl der Wunsch die Affäre aufzuziehen, um der Unbestechlichkeit und der „Bürg“ zu beweisen, welche unbestechliches und musterhaftes Institut ein Ministerium unter agrarischer Leitung sei, damit

gewisse Voreingenommenheiten gegen den Dauerbesitz von Portefeuilles zerstreut würden; und endlich wollte man, wie aus der Verhandlung ersichtlich wurde, die Sache „exploitieren“, das heißt den Verläufer im Preise drücken. Das geschah denn auch und der schließlich hineingelegte Herr mußte auf die Drohung, draußen warteten zwei Detektive, einen Kaufvertrag auf 17 Millionen unterschreiben, den man allerdings später wieder änderte. Es ist für solche Geschäftsbeträge eine geleglich festgelegte Definition geben, durch die sie unter gewisse verpönte Handlungen eingereiht werden; aber fern sei es von schlichten Bürgern, einem hohen Militär-Arzt solches anzufinnen.

(Wir vermuten freilich, daß manchem ein Fall im Kopfe umgehe, bei dem es anders ausfällt. Ein Kaufmann will einen anderen zu einer strafbaren Handlung verleiten. Der sagt scheinbar zu, droht aber, als er Zerwerse hat, mit der Klage und bringt ein Geschäft in Vorschlag, bei dem der Kaufmann A. zu Schaden kommt. Akzeptiert er nicht, so wartet draußen die Polizei. Staatsanwälte und solche, die es werden wollen, sind wohl nicht im Zweifel, welchen § St.-G. das berührt. Aber selbstverständlich ist das ganz etwas anderes.)

Die einigermassen erstaunliche Art, in der das Ministerium die Sache des ungarischen Grafen aufzog und die Unbestechlichkeit seiner Herrn im Gerichtssaal erwies, wäre vielleicht gerechtfertigt, wenn es nun wirklich in diesem Bereich nie und nimmer vorgekommen wäre, daß

Aber siehe da, zwei Tage später wird ein Oberstleutnant wegen Affenschwindeln verhaftet. Es ist natürlich möglich, daß auch er

## GRAF'S RINDSUPPE im WURFEL Ein Würfel 30h

spart Ihnen wirklich Geld. kostet nur 30h

sich vom Verdacht reinwäscht und daß man wieder einmal eine Reihe lustiger Zufälle, bei denen man sich so trifft, wie schon einmal für Affenschwindel gehalten hat. Immerhin, das Ministerium selbst dürfte doch nicht so sicher sein, daß die Herren Offiziere ganz andere und generalitäre ganz unbestechliche Menschen seien. Das Ministerium selbst trau einem Oberstleutnant immerhin zu, daß er Geld nehme. Nur der Graf Balffy hätte das einem Offizier nicht im entferntesten zutrauen und, als man Geld verlangte, rundweg sagen sollen: Herr, Sie machen Witze, ich lege meine Hand ins Feuer, daß kein uniformierter Beamter ein Trinkgeld von 600.000 Kronen einsteckt.

Die schönsten Prozesse nützen nichts und können durch den Kontrast tatsächlicher Ereignisse nur einen falschen Eindruck erwecken. Das Ministerium sollte sich doch lieber gesagt sein lassen, daß auch für uniformierte Staatsbürger der schöne Grundsatz gilt: Menschen, Menschen sind wir alle! So erfreulich es ist, daß der Graf Balffy an den Unrechten gekommen ist, so unerfreulich der Versuch bei dieser Gelegenheit beweisen zu wollen, daß es den „Rechten“, an den so einer kommen muß, überhaupt nicht gebe. Da und dort gibt es schon einen. Darum wäre es besser, die Herzengreinheit sterblicher Beamter, die gegen kein Straucheln gefeit sind, auch wenn einmal einer nicht gestraucht ist, nicht an die große Glocke zu hängen. Es macht keinen guten Eindruck. Und in der österreichischen Armee, die doch Tradition und Erfahrung hatte, wäre es zwar auch möglich gewesen, daß einer „genommen“ hätte, und auch, daß einer nicht „genommen“ hätte, aber alles andere, was sich da um die Affäre Balffy zutrug, das wäre, unserer beiseite

denen Meinung noch, doch nicht gut möglich gewesen!

### B.ager Rundfunk.

Gleich vorneweg soll gesagt werden, was uns in dieser Woche an unserem Prager Rundfunk geärgert hat — Aufrichtigkeit erhält gute Freundschaft, gelt? Da ist erkens die Art, wie die Arbeiterjugend ohne jede Begründung abgesetzt wurde — wenn es wahr ist, daß das Manuskript des Vortrags von der Filmzensur nicht rechtzeitig beigelegt wurde, trotzdem es ihr doch rechtzeitig übergeben worden war, so wäre darin ein drohendes Anzeichen gegeben dafür, daß dieses Amtschimmeln altersschwach wird und in Pension zu senden wäre. Unklarheit umrei ferner die haubiniatische Ungezogenheit des Radiojournals auf, das bei dem Repräsentationskonzert des Rinds der Orchesterkünstler am Freitag, den 20. März, abends, zwar tschechisch, französisch, englisch und italienisch, aber nicht deutsch ansetzte. Woglich viel Rücksicht auf die Laufende deutscher Abonnenten in der Republik, denen doch, bei der geringen Bemessung der deutschen Sendung, das musikalische Programm des Radiojournals mißgilt. Gespielt wurde übrigens unter der interessanten Leitung von Alois Ralko sehr schön. — Die deutsche Sendung arbeitete wieder nach dem Grundsatz: „Wer Biefes bringt, wird jedem etwas bringen.“ Nur dürfte unter dem Biele, in Anbetracht der kurzen Zeit, nicht ausdrücklich Schwaches mitunterlaufen — jeder Biehmuss muß wirklich nicht berücksichtigt werden. Bieher zählten wir z. B. die „Familienaffären“, die Frau Gertrud Urzidil vortrug. Es war wohl das Biele der „guten Prager Familie“, diese unwohlwollende Atmosphäre von Snobismus und Kleinstäderei, treffend bis in die jüngende Sprechart hinein dargestellt.

über das Ganze ist doch zu unweissenlich, um die kostbare Radiogelbte wegzunehmen. Auch das, was uns Frau Julia Wagner-Jauregg (Wien) über Frauenleben in der Sahara zu erzählen wußte, erhob sich nicht über das Ansdortliche einer Scharfen, aber beschränkten Betrachtungsweise. Auch das von Red. Fritz Seemann geleitete Musikische Schallplattenkonzert des Sonntags zeigte nur in den zwei Stücken von Hans Reimann wirkliches Humor, das andere war teils phlegmatisch, teils Trübsinnig alten Stils. Es muß doch wohl bessere Schallplatten dieser Art geben. Herr Manfred Hörste (Georgsmalbe), wohl der berühmten Klavierfrau nachstehend, präs den Wert der Hausmusik und die übertragende Bedeutung des Klaviers in derselben; Dr. Gerhard Hans Schulz (Prag) führte die Stellung von Mann und Frau zum Buch auf den allbekanntesten Schulgegenstand: Mann — Geist, Kampf, Energie, Frau — Gefühl, Mitleid, Liebe zurück. Als Buchtitel war wohl etwas mehr zu erwarten gewesen.

Nun aber genug der Kritik — damit wir demerken wir wieder den klaren Vortrag des Herrn Leo Schleichner (Prag) über die Instrumente des Orchesters (diesmal Violine und Violoncello) mit den hübsch gezeichneten Beispielen von Herrn Konzertmeister Josef Frankenburg. Hier lernt der Zeh wirklich etwas und dabei in immer anregender Form. Sein war auch der Vortrag des Univ.-Prof. Dr. Max Eisler (Wien) über den Bildhauer Anton Hanak. Wie der Verbezug dieses geborenen Schmieders dargestellt wurde, kein von früh auf klar erkannter und folgerichtig gegangener Weg in seine hohe Kunst hinein, das war wirklich genutzreich und geminnend — typisches Bild des bornenwilligen Aufstiegs des begabten Proletariats. Freilich heißt, was über bildende Kunst nur gesprochen wird, immer

etwas problematisch; ohne das lebendige Beispiel der Anschauung können doch nur vage Begriffe vermittelt werden. Sehr erfreulich ist die Neuerung, daß nun allwöchentlich eine Einführung in das musikalische Programm der nächsten Woche gegeben wird; leider konnte Herr Dr. Paul Kertl seine kurzen, aber treffenden Charakteristiken nicht zu Ende führen; hierzu müßte unbedingt mehr Zeit eingeräumt werden. Das ist wohl das Mindeste, was die deutschen Radiolörer erwarten können. Der eigentliche Gewinn dieser Woche war der Vortrag des Herrn Red. Ernst Felgl (Prag): „Strafentlassene, eine soziale Fürsorge“. Das war höchst notwendige Klärung eines noch sehr dunklen Gebiets in unserem sozialen Leben. In der Art, wie die Gesellschaft den Sünder wider ihre Satzungen zwar strafte, wobei sie sich auf ihre Besserungszukunft ausredete, wie sie sich aber dann nicht darum kümmerte, ob es ihm nach Verbüßung der Strafe praktisch möglich wird, ein neues Leben zu beginnen, darin zeigt sich die ganze Heuchelei, die Verlogenheit unserer gesellschaftlichen Moral. Ziel eingestrichenes Vorurteil, viel traurige Gedankenlosigkeit müssen hier überwunden werden und den Männern, die sich selbstlos dieser unaußweichlichen Aufgabe widmen, dem Verein „Neues Leben“ gebührt der Dank und die lebhafteste Unterstützung der Allgemeinheit. Hier gilt es, eine Strafe zu höherer Menschlichkeit hin zu erklimmen. Fürstenau.

### Gerichtssaal.

#### Einfalt und Schutzgeleh.

Eine slowakische Bäuerin schreibt dem Präsidenten.

Prag, 28. März. Anna Wagar aus der Trenschiner Zupa, Kleinbäuerin, Mutter von 17 Kindern, steht heute unter mehrfacher Anklage vor dem Senat des OGH. Wajal. Sie fühlte sich feinerzeit durch den für sie ungünstigen Ausgang eines Zivilstritts mit einem Nachbar von der Trenschiner Sedria (Kreisgericht) benachteiligt. In ihrer Einfalt beschloß sie, sich gleich an höchster Stelle ihr Recht zu holen und diktierte ihrer Tochter (sie selbst kann nicht schreiben) einen Brief an den Präsidenten der Republik, der das höfliche und ergebene Ansuchen enthielt, in Trenschin nach dem Rechten zu sehen. Als sie keine Erwidigung bekam, argerte sie mehrmals und ließ, als auch das vergeblich blieb, am 22. März des Vorjahres einen Brief vom Stapel, der gar nicht mehr höflich war, sondern ganz im Gegenteil. Den Trenschiner Richtern wurden darin unschöne Dinge nachgesagt, so z. B. sie hätten dem Prozeßgegner der Angeklagten deshalb recht gegeben, weil dieser ihren Vater und Eier geschickt habe. Auch die Republik im allgemeinen wurde gelästert, alle Nachgebenden seien „amantari“ (Mammonsjünger) und endlich wurden dem Staatsoberhaupt Vorwürfe gemacht, daß es auf die mehrfachen Briefe der Angeklagten nicht geantwortet habe. Zuletzt wurde noch die Gerechtigkeit des Staatspräsidenten in ziemlich großer Art in Zweifel gezogen.

Da nun der Präsident keine Post nicht — tote diese kindliche Seele es sich vorstellte — selbst öffnete, ließ und beantwortete, sondern zu diesem Zweck ein ganzes Büro bestellte, dessen Beamte keinen Spag verstehen, war die Folge eine Anklage wegen des Verbrechens der Verleumdung gegen die Trenschiner Richter und des Vergewaltens nach § 11 des Schutzgesetzes, welches „ardblich verunglimpfende Äußerungen“ und ehrenrührige Behauptungen gegen das Staatsoberhaupt unter eine Strafe bis zu sechs Monaten stellt.

„Frauchen“, sagt der Verhandlungsleiter, „was ist Ihnen denn eingefallen, den Herrn Präsidenten so zu beschimpfen?“ — Die Slowakinn äußert ihre Reue, sie wollte ihn nicht beleidigen, sie hat sich nur geärgert, daß er so lange nicht antwortet. „Bier Briefe habe ich doch dem Herrn Präsidenten geschrieben.“ Und dann will sie von den bösen Richtern in Trenschin anfangen. Der Vorsitzende erklärt ihr, mit dieser Sache habe sich der Bericht nicht zu befassen. Wenn ihr Unrecht geschehen ist, so möge sie in Trenschin die Beschwerde einbringen, aber nicht solche Briefe schreiben.

Das Urteil: vier Monate Kerker bedingt auf drei Jahre. Es foliet noch einige Wöhe, ihr das verständlich zu machen. Sie nimmt das Urteil an und wird ihre Bekwerde auf dem vorgeschriebenen Weg betreiben.

### Leichenhändlung.

Prag, 28. März. Ein nicht alltäglicher Fall der „Mißhandlung von Leichen“ (§ 306 St.-G.) wurde heute vor dem Einzelrichter verhandelt. Am 3. November des Vorjahres hatte Josef Blazek in Strachyiwuzzi seine Frau, dann sich selbst durch Revolvergeschüsse getötet. Vermutlich haben ebendiese Jernwürnisse zu der Verzweiflungstat Anlaß gegeben. Die Nachricht von der Familienkatastrophe verletzete nun die Tante der erschossenen Frau, eine gewisse Anna Hlina, in solche Erregung, daß sie in die Totenkammer des Dorfes, wo die Leichen aufgebahrt waren, einbrang und mit den Worten: „Du elender Kerl!“ die Leiche des Mörders und Selbstmörders zweimal ins Gesicht schlug. Sie beantwortete sich mit der furchtbaren Aufregung, in die sie durch die Todesbotschaft verriet worden war. Sie sei ihrer Ehre kaum mächtig gewesen. Sie bekam drei Wochen strengen Arrest, bedingt auf zwei Jahre.

### Das Leben eines Legionärs.

„Wenn Sie mir kein Geld geben, so gehe ich einfach zur Fremdenlegion“. Schon manchmal fanden junge Menschen mit bitenden Augen vor mir und stießen diese Drohung aus. Aber so „einfach“ ist das doch nicht. Im Invalidenbau zu Paris, neben dem Grab Napoleons, der im Invalidendom ruht, ist die Hauptwerkstätte, aber es ist einfach grotesk, sagen zu müssen, daß auch noch an der Stelle, welche die schlechtesten überhaupt möglichen Löhne zahlt, täglich viele Bewerber als untauglich abgewiesen werden, — was allein schon die dumme Legende widerlegt. Frankreich habe es nötig, ein ganzes Reg von Werbem zu unterhalten. Frankreich hat für die Fremdenlegion im Gegenteil überhaupt nichts nötig. Wo stehen die Kredite für die Legion? Im Budget des Kriegsministeriums würde man sie ebenso vergeblich suchen wie im Budget des Kolonialministeriums. Tatsächlich untersteht die Legion vor allem dem Kolonialministerium, aber sie erhält sich selbst, Frankreich verdient sogar noch enorme Summen an der Legion, sie ist für den Staat ein produktiver Truppenteil.

Dies konnte sich auch durch die jammervolle Schöpfung erreichen lassen. Der Legionär erhält zwar bei der Ankunft in Afrika 500 Franken, dann aber hat er nur noch einen täglichen Lohn von 25 Centimes (30 Heller) in den ersten

Monaten. Nach 18 Monaten hat er etwa 75 Centimes, und wenn es ganz gut geht, so kann er es im Laufe der 5 Jahre, für die er fest angestellt ist, auf höchstens 5.40 Franken pro Tag bringen. An sich gibt es nach den ersten 3 Monaten Dienstzeit noch einmal eine Prämie von 500 Franken. Wer wer erhält diese wirklich? Die meisten werden schon vorher als untauglich entlassen. Wie aber die „Tauglichen“ aussehen, das zu schildern, trübt sich die Feder. Menschen aller Berufe sind da zusammengewürfelt, und es ist geradezu ein Wunder, wenn man einen Gesunden unter ihnen findet. Menschen aller Berufe, die auch auf ihrem Anmeldebettel irgendeinen Namen oder irgendeinen Beruf angegeben haben, aber bestimmt nicht den richtigen. Nach 5 Jahren haben sie dann Papiere auf einen neuen Namen und können wieder aufstreten. Frankreich erleichtert es ihnen auch ungenehmer, französische Staatsbürger zu werden. Überall in Südfrankreich trifft man auf Deutsche, die in der Fremdenlegion waren.

Sie sind nahezu alle krank. Besonders die Geschlechtskrankheiten wüten unter ihnen in furchtbarster Weise. Das Schlimmste ist, daß die Legionäre ihre Krankheit den Eingeborenen übermitteln und so die Ansteckung dauernd weitertragen. Besonders die Bevölkerung von Indochina hatte schwer darunter zu leiden.

Darüber, wieviel Personen seit dem 9. März 1831, den Geburtstag der Fremdenlegion, bereits in dieser Truppe gedient haben, gibt es

offiziell keine Statistik. Ich habe mich vor einigen Tagen mit einigen früheren Legionären zusammengesetzt, und wir berechneten, daß etwa 270.000 Menschen schon in der Legion dienten. Die Hälfte davon waren Deutsche. Heute sind 80 Prozent Deutsche in der Legion. Meist verkrochte Existenzen oder Arbeitslose.

Seit Gründung der Legion hat diese schon an etwa 400 Schlachten teilgenommen. Der gewöhnliche Legionär kann für gute Verdienste nach 3 Jahren Korporal werden, und er kann es im Kriegsgebiet dann auf den Sergeanten bringen, wofür er etwa 1000 Franken im Monat und freie Verpflegung hat.

Jeder Legionär will „dekoriert werden“. „Dekoriert werden“ ist überhaupt ein Ausdruck, den die Legionäre dauernd und für fast jede Beschäftigung im Munde führen. Ein gewisser Abenteuergeist, der durch die Erzählungen der Vorgesetzten genährt wird, verhilft manchem Legionär bei einer Schlacht tatsächlich auch die lang ersehnte Dekoration.

Ein harter Drill herrscht bei der Truppe, eine eiserne Disziplin. Nur abends nach der Arbeit ist man kameradschaftlich zusammen, da werden in dieser französischen Truppe auch manche deutschen Vieder gesungen.

Nedes Lied ist zugelassen, nur eins nicht: die „Internationale“. Wehe dem Legionär, der die „Internationale“ singt! Er erhält sofort acht Tage Arrest!

Kurt Deng.

